

123

Wirtschaftsprognose  
Economic Forecast

Juli 2022

# Prognose der österreichischen Wirtschaft 2022–2026

## Verhaltenes Wachstum im Schatten von Energiewende und Inflation

Sperrfrist: Donnerstag, 21. Juli 2022, 10:00 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN  
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES  
Vienna



123

Wirtschaftsprognose  
Economic Forecast

Juli 2022

# Prognose der österreichischen Wirtschaft 2022–2026

## Verhaltenes Wachstum im Schatten von Energiewende und Inflation

Martin Ertl

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian P. Koch

Robert M. Kunst

Zuzana Molnárová

Klaus Neusser

Michael Reiter

Klaus Weyerstraß



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN  
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES  
Vienna

---

**AutorInnen**

Martin Ertl, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Robert M. Kunst, Zuzana Molnárová, Klaus Neusser, Michael Reiter, Klaus Weyerstraß

**Titel**

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2022–2026  
Verhaltenes Wachstum im Schatten von Energiewende und Inflation  
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 123

**Kontakt**

Klaus Neusser

T +43 1 59991-125

E [neusser@ihs.ac.at](mailto:neusser@ihs.ac.at)

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E [hofer@ihs.ac.at](mailto:hofer@ihs.ac.at)

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E [klaus.weyerstrass@ihs.ac.at](mailto:klaus.weyerstrass@ihs.ac.at)

Melanie Gadringer (Pressesprecherin)

T +43 1 59991-212

E [gadringer@ihs.ac.at](mailto:gadringer@ihs.ac.at)

**2022 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)**

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

[www.ihs.ac.at](http://www.ihs.ac.at)

ZVR: 066207973

*Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werks ist ausgeschlossen.*

# Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Zusammenfassung .....	7
2	Das Produktionspotenzial der österreichischen Wirtschaft .....	15
3	Die internationale Konjunktur .....	19
3.1	Überblick.....	19
3.2	Länderprognosen.....	21
4	Die österreichische Außenwirtschaft.....	31
5	Perspektiven der Inlandskonjunktur.....	32
6	Monetäre Prognose .....	43
7	Ökonomische Auswirkungen eines Gaslieferstopps.....	47
8	Tabellenanhang.....	55



# Verhaltenes Wachstum im Schatten von Energiewende und Inflation

Die hohe Inflation und die Verwerfungen in Folge des Kriegs gegen die Ukraine bremsen den wirtschaftlichen Aufholprozess nach der Coronakrise. Für den Prognosezeitraum 2022 bis 2026 erwartet das Institut eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts von durchschnittlich 1 ¼ % pro Jahr. Getrieben von den Energiepreisen klettert die Inflation im Durchschnitt des laufenden Jahres voraussichtlich auf 7 ½ %. In den kommenden Jahren sollte der Preisdruck spürbar nachlassen, sodass die Inflationsrate bis zum Jahr 2026 auf 2 ¼ % zurückgehen könnte. Die Arbeitslosenquote dürfte im gesamten Prognosezeitraum 6 ¼ % betragen. Nachdem sich die Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren auf die unmittelbare Krisenbewältigung konzentrieren musste, sollte sie sich nunmehr wieder der Kräftigung des Potenzialwachstum der Volkswirtschaft und der Unterstützung der Energiewende widmen.

## 1 Einleitung und Zusammenfassung

Die hohe Inflation und die Verwerfungen als Folge des Kriegs gegen die Ukraine, etwa in den globalen Lieferketten, bremsen den Aufholprozess der heimischen Wirtschaft nach der Coronakrise. Das Institut erwartet für den Zeitraum 2022 bis 2026 eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 1,8 %, nach 0,8 % in den vergangenen fünf Jahren mit dem coronabedingten Einbruch im Jahr 2020. Die vorliegende Vorausschau basiert auf der Sommer-Prognose des Instituts für die Jahre 2022 und 2023 und erweitert den Prognosehorizont bis zum Jahr 2026. Ausgehend von 3,8 % im laufenden Jahr dürfte die Wirtschaft auf einen verhaltenen Wachstumskurs einschwenken, wobei für die Jahre 2023 bis 2026 Zuwächse von 1,4 %, 1,3 %, 1,1 % und 1,2 % erwartet werden. Damit sollte die Wirtschaftsleistung über den gesamten Prognosezeitraum betrachtet mit demselben Tempo wie im Euroraum zulegen.

Für die Mittelfristprognose bildet das Produktionspotenzial, also die bei Normalauslastung der Produktionsfaktoren erreichbare gesamtwirtschaftliche Produktion, einen Anker. Das Institut schätzt, dass die Corona-Pandemie und der Krieg gegen die Ukraine das Wachstum des österreichischen Produktionspotenzials nicht nachhaltig beeinträchtigt haben. Wegen des vorübergehend geringeren Wachstums ist das Niveau aber niedriger, als es ohne die Krisen zu erwarten gewesen wäre. Nach den Schätzungen des Instituts wird der Wachstumsbeitrag des Arbeitsvolumens aufgrund der demografischen Entwicklung tendenziell abnehmen, auch wenn die strukturelle Arbeitslosenquote weiterhin sinken dürfte. Der Beitrag des technischen Fortschritts dürfte mittelfristig leicht zunehmen, und der Kapitalstock sollte, trotz einer

vorübergehenden Investitionsschwäche im laufenden und im kommenden Jahr, mittelfristig weiter steigen. Alles in allem schätzt das Institut, dass das Produktionspotenzial im Durchschnitt der Jahre 2022 bis 2026 um  $1\frac{1}{4}\%$  pro Jahr steigen wird. Nach einer starken Unterauslastung der Produktionskapazitäten im Coronajahr 2020 dürften die Kapazitäten in den Jahren 2022 und 2023 leicht überausgelastet sein. Am Ende des Prognosezeitraums sollte die Produktionslücke geschlossen sein.

Die internationalen Rahmenbedingungen werden wie folgt eingeschätzt. Aktuell belasten die hohe Inflation und der Krieg gegen die Ukraine die Wirtschaftsentwicklung. Für den Prognosezeitraum wird ein durchschnittliches Wachstum der Weltwirtschaft von  $2\frac{3}{4}\%$  pro Jahr erwartet. Die Volkswirtschaften der USA und des Euroraums dürften dabei um durchschnittlich  $1\frac{3}{4}\%$  jährlich expandieren.

Der private Konsum in Österreich wird im Prognosezeitraum voraussichtlich um durchschnittlich  $2\%$  pro Jahr zulegen. Während die hohe Inflation die Entwicklung der Realeinkommen dämpft, sollten die Einkommensdynamik und die steuerlichen Entlastungen belebend wirken. Ausgehend von den sehr hohen Werten in der Coronakrise, dürfte die Sparquote wieder auf normale Werte von  $7\frac{1}{2}\%$  fallen. Insgesamt gesehen wird der private Konsum damit wieder eine wesentliche Konjunkturstütze.

Nach  $2\frac{1}{2}\%$  Wachstum pro Jahr in den vergangenen fünf Jahren werden die Anlageinvestitionen im Prognosezeitraum voraussichtlich nur noch um  $1\frac{1}{4}\%$  jährlich zulegen. Im laufenden Jahr drücken die Abschwächung der internationalen Konjunktur und die hohen Unsicherheiten auf die Investitionen. Ausgehend von der Stagnation im laufenden Jahr, sollte sich die Investitionstätigkeit in den folgenden Jahren zwar wieder erhöhen, aber aufgrund der verhaltenen mittelfristigen Wachstumsaussichten sowie der steigenden Finanzierungskosten nur eine mäßige Dynamik entfalten. Insgesamt werden die Ausrüstungsinvestitionen mit  $1\frac{1}{2}\%$  pro Jahr wohl etwas stärker als die Bauinvestitionen ( $1\%$ ) expandieren.

In Einklang mit der Weltwirtschaft dürfte auch der globale Warenhandel im Prognosezeitraum um durchschnittlich  $3\%$  ansteigen. Entsprechend sollten auch die heimischen Exportmärkte um  $3\%$  ausgeweitet werden. Laut Prognose werden die Exporte laut VGR um knapp  $4\%$  zulegen. Während die Warenexporte im selben Tempo wie die Exportmärkte steigen sollten, profitieren die Reiseverkehrsexporte von der Aufhebung der coronabedingten Einschränkungen. Mit einem durchschnittlichen Wachstum von  $3\frac{1}{4}\%$  werden die Importe laut VGR etwas schwächer als die Exporte zulegen, sodass von der Außenwirtschaft ein leicht positiver Wachstumsbeitrag ausgeht.

Beträchtlicher Revisionsbedarf besteht bei der Inflationsprognose. Getrieben von den Energiepreisen ist die Inflation, gemessen am Verbraucherpreisindex, zu Mitte des



laufenden Jahres bereits auf rund 8 ¼ % angestiegen. Seit Jahresbeginn hat der starke Preisauftrieb auch auf Lebensmittel und Industriegüter übergegriffen. In den kommenden Monaten dürfte der Preisdruck nur geringfügig nachlassen, sodass für den Jahresdurchschnitt 2022 ein Wert von knapp 7 ½ % erwartet wird. Im kommenden Jahr sollten von den Rohölpreisen keine preistreibenden Impulse mehr ausgehen, und die globale Lieferkettenproblematik dürfte sich etwas entspannen. Allerdings werden Zweitrundeneffekte und steigende Lohnstückkosten dazu führen, dass die Inflationsrate mit voraussichtlich 4 ¾ % hoch bleibt. Mit einer Stabilisierung der Energiepreise auf hohem Niveau und vor dem Hintergrund der moderaten Konjunkturerholung dürfte der Preisdruck im weiteren Prognosezeitraum stetig nachlassen und die Inflationsrate bis zum Jahr 2026 auf 2 ½ % zurückgehen. Für den gesamten Prognosezeitraum ergibt sich somit eine durchschnittliche Inflationsrate von 4 %.

Der Arbeitsmarkt hat sich deutlich besser von der Coronakrise erholt als noch vor einem Jahr erwartet. Mit der kräftig gestiegenen wirtschaftlichen Aktivität expandierte die Beschäftigungsnachfrage stark und die Arbeitslosenquote ist unter das Vorkrisenniveau gefallen. Aufgrund der konjunkturellen Abschwächung und der demografischen Entwicklung dürfte sich die Beschäftigungsdynamik ab dem kommenden Jahr merklich verlangsamen, sodass für den gesamten Prognosezeitraum eine durchschnittliche Beschäftigungsausweitung um gut 1 % erwartet wird. Die Arbeitslosenquote sollte somit knapp 6 ¼ % betragen.

Im Vergleich zu den vergangenen fünf Jahren dürfte sich die Lage der öffentlichen Haushalte im Prognosezeitraum verbessern. Dies wird durch die Erholung der Konjunktur und den Wegfall der Coronahilfen ermöglicht; hingegen wirken diskretionäre wirtschaftspolitische Maßnahmen, insbesondere zur Milderung der Teuerungsfolgen, sowie die Abschaffung der kalten Progression defiziterhöhend. Für das laufende Jahr erwartet das Institut ein Defizit von 3,8 % des BIP. Im kommenden Jahr dürfte das Defizit auf 1,9 % des BIP zurückgehen. Unter der Annahme der Rückführung der diskretionären Maßnahmen und einer strikten Ausgabendisziplin sollte das Defizit bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 0,5 % sinken. Nachdem die Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren auf die unmittelbare Krisenbewältigung konzentriert war, sollte sie sich nunmehr wieder der Stärkung des Potenzialwachstums der Volkswirtschaft und der Unterstützung der Energiewende widmen und somit die Widerstandskraft gegenüber künftigen Krisen stärken. Wie immer wieder angemerkt, wäre es aus Sicht des Instituts wünschenswert, produktivitätserhöhenden Bereichen, wie Bildung, Digitalisierung und Forschung, höhere Priorität einzuräumen. Eine umfassende wirtschaftspolitische Strategie könnte Wachstumspotenziale heben. Durch wiederholt angemahnte Strukturreformen sollte dabei die Kostendynamik in den Bereichen Föderalismus, Gesundheitsversorgung, Pflege und Pensionen gebremst werden.

Diese mittelfristige Prognose ist mit beträchtlichen Abwärtsrisiken behaftet. So ist die Corona-Pandemie bei Weitem nicht überwunden. Das Auftreten neuer Virusvarianten, die ebenso infektiös sind wie die Omikron-Variante und zudem den Impfschutz umgehen und sehr pathogen sind, würde auch in den kommenden Jahren Infektionsschutzmaßnahmen erfordern und damit das Wachstum dämpfen. Beträchtliche Risiken gehen auch von dauerhaft höheren Energie- und Rohstoffpreisen aus. So könnte die Neuausrichtung der Produktionsstruktur mittelfristig das Wachstum verringern. Eine lang andauernde Hochinflationsphase würde die Kaufkraft der Haushalte schmälern und könnte eine Lohn-Preis-Spirale auslösen. Ein markanter Anstieg der mittelfristigen Inflationserwartungen würde eine stärkere Straffung der Geldpolitik erforderlich machen.

Gegenwärtig geht aber das größte Risiko von den Verwerfungen als Folge des Kriegs gegen die Ukraine aus. Ein russischer Gaslieferstopp hätte gravierende negative Folgen für die österreichische Wirtschaft. Wie hoch der Rückgang des Gesamtangebots an Erdgas sein würde, lässt sich im Moment kaum abschätzen und hängt unter anderem davon ab, wann und in welchem Umfang der Lieferstopp eintritt und in welcher Weise das zur Verfügung stehende Gas in der EU verteilt und gehandelt wird. Die Modellrechnungen in Kapitel 7 gehen von der Annahme aus, dass im Zeitraum Herbst 2022 bis Sommer 2023 27 % des gesamten Erdgasverbrauchs eingespart werden müssen, was zu einer Reduktion des BIP um 3 % führen würde. Wichtig ist dabei insbesondere, wieviel Gas in den gasintensiven Wirtschaftsbereichen eingespart werden muss. Einsparungen bei den Haushalten und in der Stromerzeugung erhöhen die verfügbare Gasmenge für die Industrie und stützen damit das BIP. Dieser Rechnung liegt die Annahme zugrunde, dass das vorhandene Gas über einen Preismechanismus effizient auf die Wirtschaftssektoren aufgeteilt wird. Eine effiziente Allokation über Marktmechanismen zu ermöglichen, ist das oberste Gebot für die Wirtschaftspolitik. Um die aufgrund der Energiepreisexplosion notleidenden Haushalte und Unternehmen unterstützen zu können, sollte der Staat Gas auf Vorrat einkaufen, sodass bei einer weiteren Erhöhung der europäischen Gaspreise fiskalische Gewinne generiert werden können.

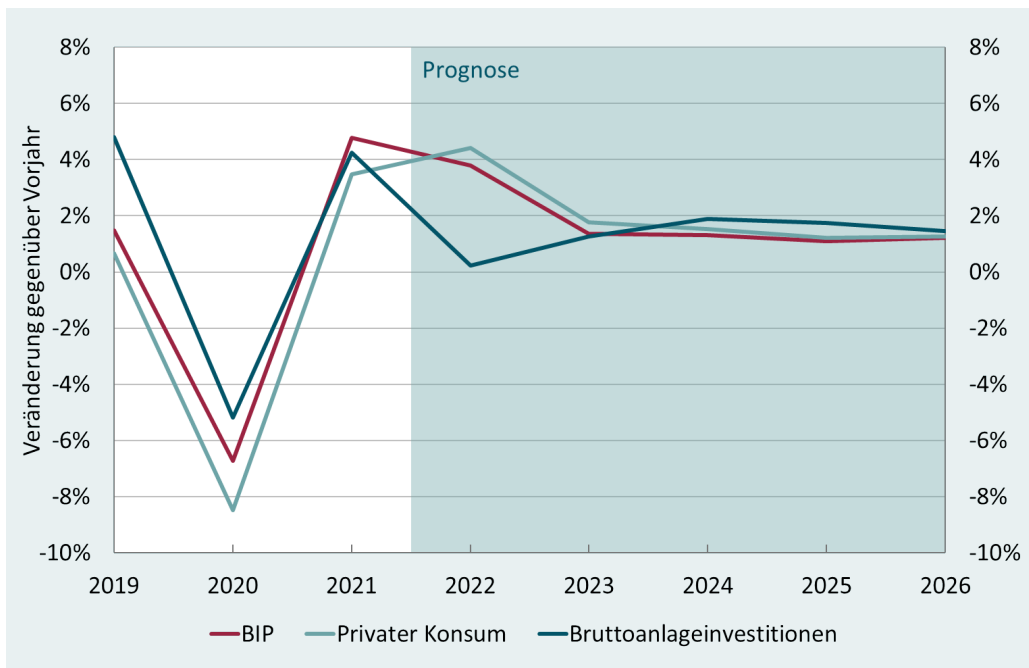
**Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse**  
*Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent*

	2012–2016	2017–2021	2022–2026
Bruttoinlandsprodukt, real	0,9	0,8	1,8
Privater Konsum, real	0,6	-0,3	2,0
Bruttoinvestitionen, real	1,4	2,5	1,0
Bruttoanlageinvestitionen, real	1,7	2,4	1,3
Ausrüstungsinvestitionen, real	3,1	2,5	1,5
Bauinvestitionen, real	0,2	2,4	1,1
Inlandsnachfrage, real	0,9	1,0	1,4
Exporte i. w. S., real	2,2	3,0	3,9
Waren, real (laut VGR)	1,8	4,4	3,0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1,6	-15,5	20,9
Importe i. w. S., real	2,4	3,7	3,3
Waren, real (laut VGR)	1,6	3,8	3,2
Reiseverkehr, real (laut VGR)	0,5	-5,0	10,5
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1,1	1,3	1,1
Arbeitslosenquote: Nationale Definition <sup>i</sup>	8,2	8,3	6,2
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition <sup>i</sup>	5,9	5,7	4,5
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2,3	2,3	4,1
Preisindex des BIP	2,0	1,6	3,2
Verbraucherpreisindex	1,6	2,0	4,0
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP <sup>i</sup>	-1,9	-2,8	-1,7
3-Monats-Euribor <sup>i</sup>	0,1	-0,4	1,9
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen <sup>i</sup>	1,4	0,2	2,7

<sup>i</sup>absolute Werte

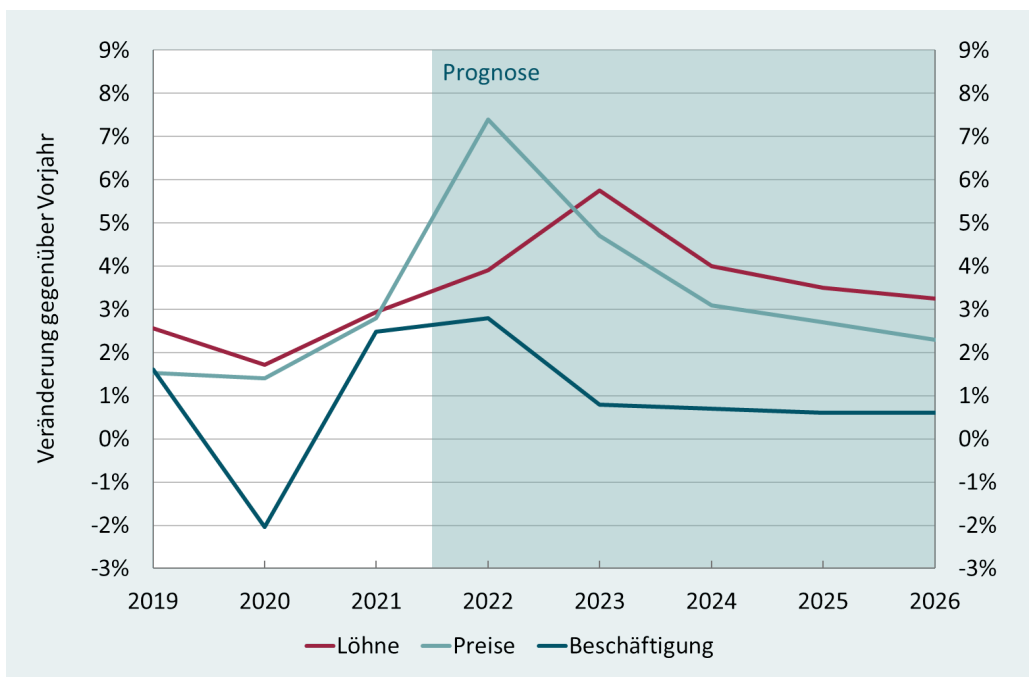
Quellen: Statistik Austria, Refinitiv Datastream, ab 2022 Prognose des IHS

**Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real**



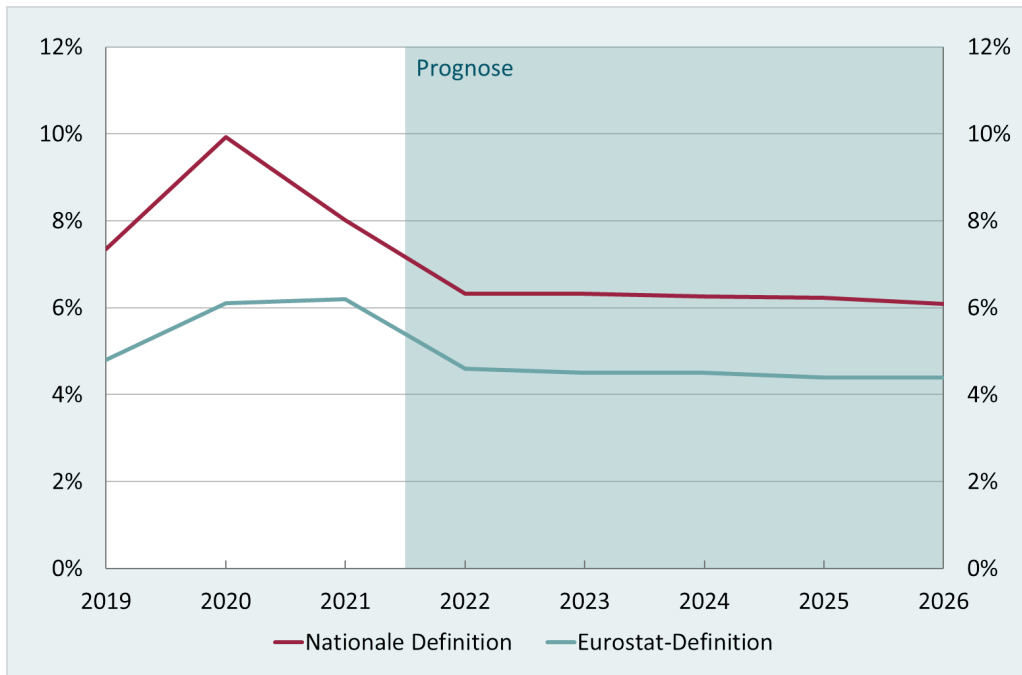
Quellen: Statistik Austria, ab 2022 Prognose des IHS

**Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung**



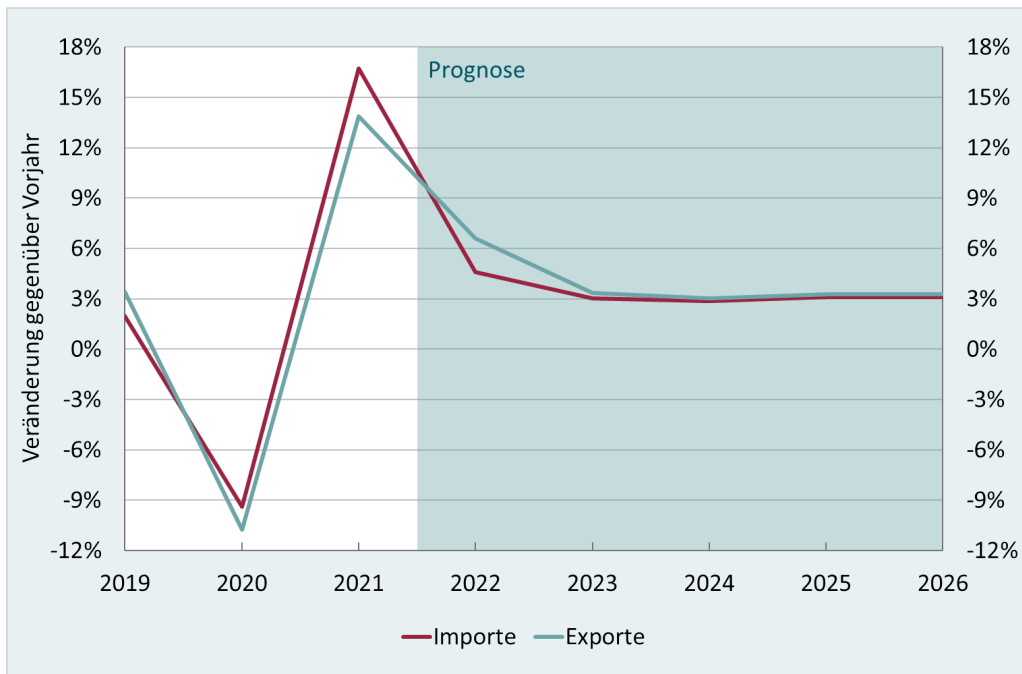
Quellen: Statistik Austria, Dachverband der Sozialversicherungsträger, ab 2022 Prognose des IHS

**Abbildung 3: Arbeitslosenquote**



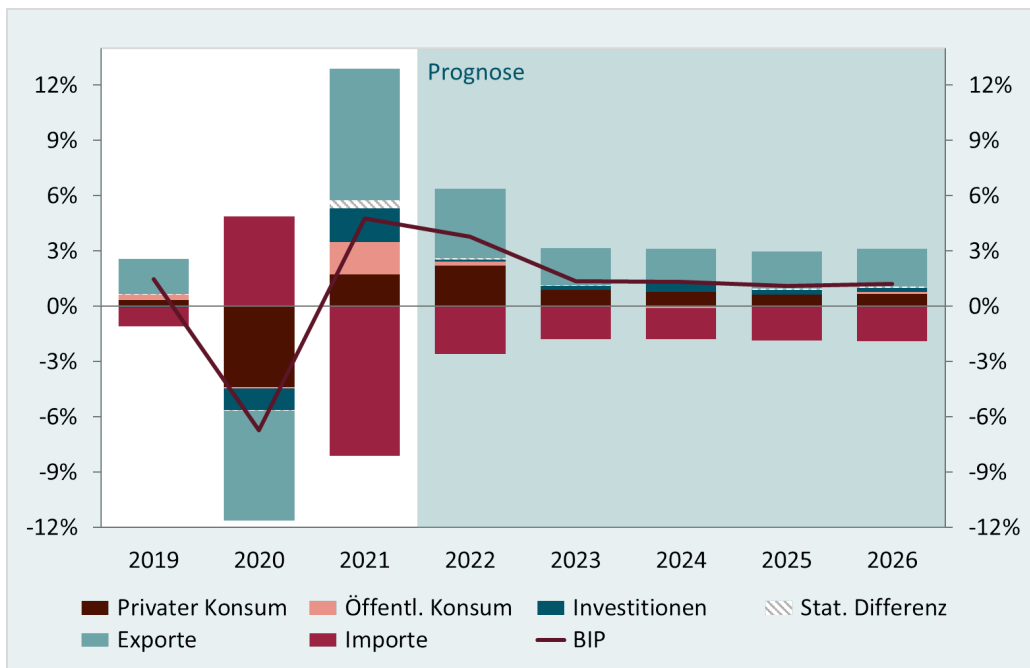
Quellen: AMS, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, ab 2022 Prognose des IHS

**Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)**



Quellen: Statistik Austria, ab 2022 Prognose des IHS

Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



Quellen: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2022 Prognose des IHS

## 2 Das Produktionspotenzial der österreichischen Wirtschaft

Die mittelfristige Projektion orientiert sich am Produktionspotenzial, denn Lohn- und Preisanpassungen sorgen dafür, dass mittelfristig die Produktionsfaktoren normal ausgelastet sind. Als Produktionsfaktoren werden in der hier verwendeten Methode der Trend des Arbeitsvolumens, gemessen in Stunden, der Kapitalstock und der Trend des technischen Fortschritts berücksichtigt.

Hinsichtlich der Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird auf die Bevölkerungsprognose von Statistik Austria (Hauptvariante mit mittlerer Zuwanderung) zurückgegriffen. Als Personen im erwerbsfähigen Alter werden im Einklang mit der offiziellen Produktionspotenzialschätzung in der EU Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren berücksichtigt, auch wenn in Österreich nur sehr wenige Personen über 65 Jahren am Arbeitsmarkt aktiv sind. Gemäß der Prognose von Statistik Austria wird die Bevölkerungszahl im erwerbsfähigen Alter in Österreich im Jahr 2026 um 0,9 % höher sein als im Jahr 2021. Die Zunahme geht vollständig auf die Zuwanderung zurück, denn in der Variante ohne Zuwanderung würde die Bevölkerung bis 2026 um 1,4 % zurückgehen.

Die Erwerbsbeteiligung der Älteren (bis 65 Jahre) ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Für den Prognosezeitraum ist, auch aufgrund der Harmonisierung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters von Frauen und Männern, noch ein leichter Anstieg zu erwarten. Die Erwerbsquote der Über-65-Jährigen wird auch weiterhin niedrig bleiben. Die gesamte trendmäßige Erwerbsbeteiligung wird gemäß der hier verwendeten Fortschreibungsmethode bis zum Jahr 2026 um 1,6 Prozentpunkte zunehmen.

Die strukturelle Arbeitslosenquote ist den Schätzungen des Instituts zufolge in den vergangenen Jahren bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie kontinuierlich gesunken. Weder die pandemiebedingte Rezession im Jahr 2020 noch die gegenwärtige Konjunkturschwäche aufgrund der hohen Inflation und des Kriegs gegen die Ukraine sollten die strukturelle Arbeitslosigkeit in Österreich beeinflussen. Daher geht das Institut davon aus, dass sich der Trend einer leicht fallenden strukturellen Arbeitslosenquote im Prognosezeitraum fortsetzen wird.

Der Trend einer leicht sinkenden durchschnittlichen Arbeitszeit dürfte aufgrund der zunehmenden Teilzeitbeschäftigung anhalten. Im Jahr 2026 dürfte die trendmäßige durchschnittliche Arbeitszeit um 1,3 % niedriger sein als im Jahr 2021. Insgesamt steigt das trendmäßige Arbeitsvolumen bis zum Ende des Prognosezeitraums um 3,0 %.

Die Corona-Pandemie hat im Jahr 2020 zu einem deutlichen Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen geführt, aber bereits im Jahr 2021 hat sich die Investitionstätigkeit erholt. In den Jahren 2022 und 2023 dürften allerdings die hohe Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine sowie der Preisanstieg und die Lieferschwierigkeiten bei Vor- und Zwischenprodukten dazu führen, dass die Bruttoanlageinvestitionen kaum ausgeweitet werden. Da die jährlichen Anlageinvestitionen nur 6,7 % des Kapitalbestands ausmachen, wird der Kapitalstock durch die vorübergehende Investitionsschwäche nur wenig beeinträchtigt. Das Institut schätzt, dass der gesamtwirtschaftliche Kapitalstock bis zum Jahr 2026 um 7,5 % ausgeweitet wird.

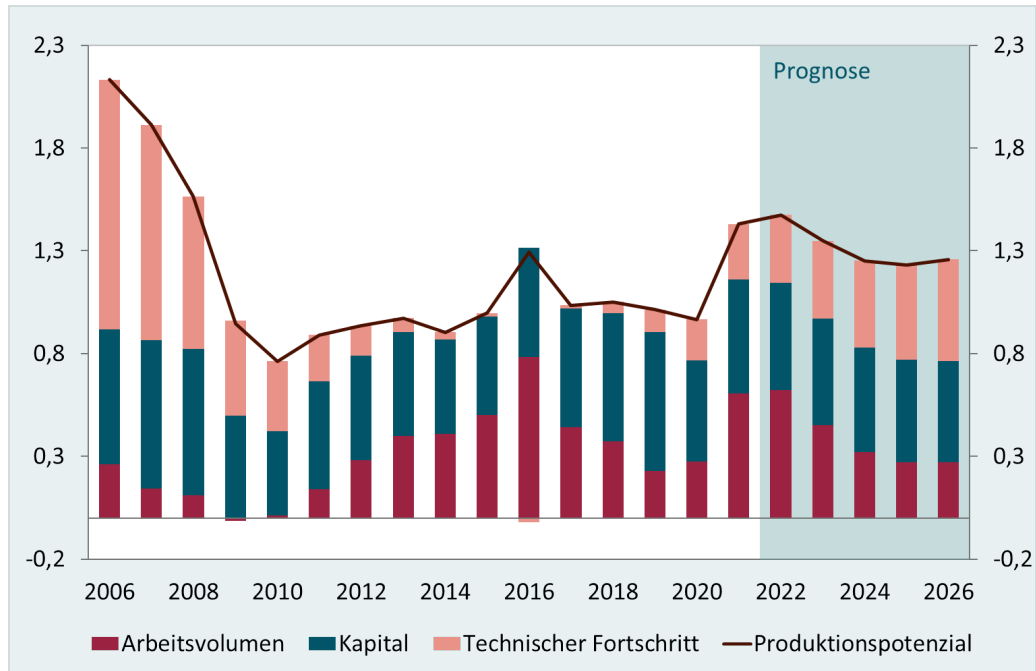
Der technische Fortschritt hat in Österreich, wie in vielen anderen Industrieländern, in den vergangenen Jahren an Tempo eingebüßt. Die Investitionsschwäche in den Jahren 2020, 2022 und 2023 dürfte zusätzlich Spuren beim technischen Fortschritt hinterlassen, denn mit der Installation neuer Anlagen sind üblicherweise technologische Weiterentwicklungen verbunden. Der Digitalisierungsschub infolge der Corona-Pandemie dürfte die Produktivitätsentwicklung in den kommenden Jahren hingegen stützen. Das Institut schätzt, dass sich das Wachstum des trendmäßigen technischen Fortschritts bis zum Jahr 2026 auf 0,5 % beschleunigen wird. Damit sollte der technische Fortschritt im Zeitraum 2022 bis 2026 um 0,4 % pro Jahr ausgeweitet werden, nach nur 0,1 % pro Jahr im vorherigen Fünfjahreszeitraum.

Auf Basis der beschriebenen Entwicklung der Bestimmungsfaktoren geht das Institut davon aus, dass das Produktionspotenzial im Jahr 2021 um 1,4 % gestiegen ist, nach 1,0 % im Krisenjahr 2020. Im Prognosezeitraum dürfte das Produktionspotenzial um 1 ¼ % pro Jahr wachsen. Wie Abbildung 6 zeigt, dürfte der Wachstumsbeitrag des Arbeitsvolumens allmählich kleiner werden, was auf die demografische Entwicklung zurückzuführen ist, in deren Folge das Erwerbspersonenpotenzial mittelfristig kaum noch zunehmen wird. Der Wachstumsbeitrag des technischen Fortschritts sollte dagegen größer werden.

Die Corona-Pandemie und der Krieg gegen die Ukraine dürften das Wachstum der Produktionsmöglichkeiten in Österreich zwar vorübergehend, aber nicht nachhaltig beeinträchtigen. Wegen des Einbruchs der Investitionen im Jahr 2020, der annähernden Stagnation der Anlageinvestitionen im laufenden und dem kommenden Jahr sowie der vorübergehenden Abschwächung des technischen Fortschritts dürfte aber das Niveau des Produktionspotenzials niedriger sein, als es ohne die Krisen zu erwarten gewesen wäre. Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Stärkung des Produktionspotenzials sind mithin angeraten.



**Abbildung 6: Produktionspotenzial und seine Determinanten**  
in Prozent bzw. Prozentpunkten

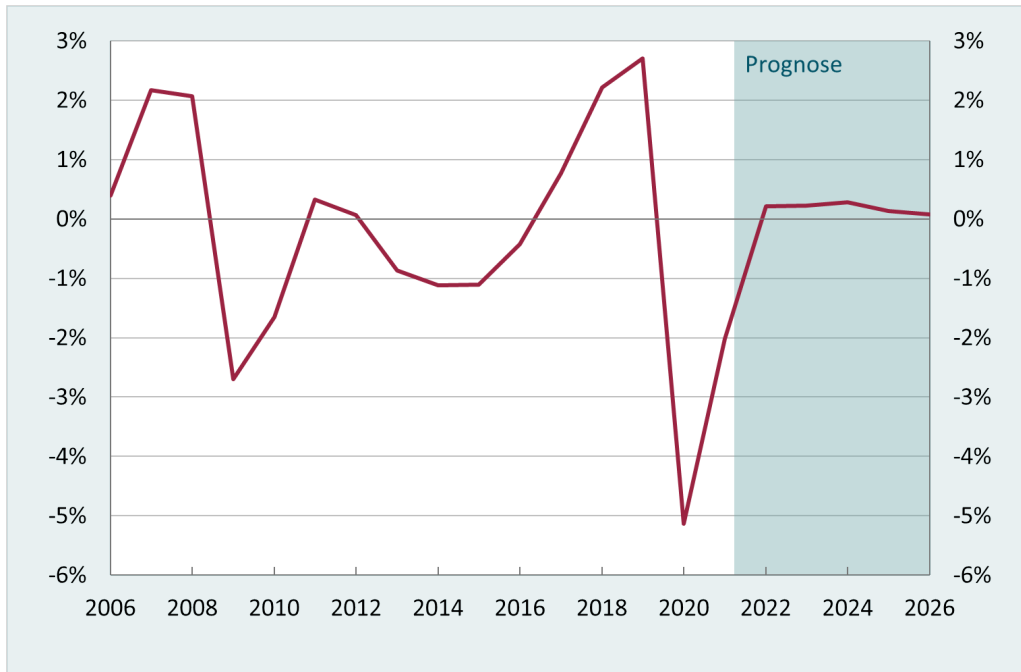


Quelle: Eigene Berechnungen

Die starke Rezession infolge der Corona-Pandemie hat im Jahr 2020 zu einem Einbruch der Kapazitätsauslastung geführt. Die nachfolgende Erholung hat aber diesen Rückgang schon im Jahr 2021 wieder wettgemacht (Abbildung 7). Die Sommer-Prognose des Instituts impliziert, dass die Produktion im Jahr 2023 um 0,2% über dem Produktionspotenzial liegen wird. Über den mittelfristigen Prognosezeitraum dürfte die Produktion etwas weniger wachsen als die Produktionsmöglichkeiten, sodass die Produktionslücke im Jahr 2026 geschlossen sein dürfte.

**Abbildung 7: Produktionslücke**

Abweichung des realen Bruttoinlandsprodukts vom Produktionspotenzial in Prozent des Produktionspotenzials



Quelle: Eigene Berechnungen

## 3 Die internationale Konjunktur

### 3.1 Überblick

Vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie hatte sich die Weltwirtschaft dynamisch entwickelt. Da sich die Wirtschaftsleistung in den meisten Ländern nach dem Einbruch im Jahr 2020 im Jahr 2021 wieder weitgehend, aber noch nicht vollständig erholte, ergibt sich ein Wachstum der weltweiten realen Wirtschaftsleistung im Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2021 von 2,6 % pro Jahr. Dabei stieg das Bruttoinlandsprodukt in den entwickelten Volkswirtschaften um 1,4 %, in den Entwicklungs- und Schwellenländern um 3,5 % pro Jahr. In den asiatischen Schwellenländern entwickelte sich die Wirtschaftsleistung mit knapp 5 % pro Jahr besonders dynamisch.

In der EU-27 bzw. im Euroraum nahm die Wirtschaftsleistung zwischen 2017 und 2021 um durchschnittlich 1,2 % bzw. 0,9 % pro Jahr zu. Unter den vier größten Volkswirtschaften im Euroraum erreichte in den vergangenen fünf Jahren Frankreich mit 0,9 % pro Jahr das höchste Wirtschaftswachstum, während in Italien die Wirtschaftsleistung im Durchschnitt stagnierte. Verwendungsseitig haben im Euroraum im Durchschnitt des Zeitraums 2017 bis 2021 die Exporte und die Importe mit jeweils 2,5 % pro Jahr am stärksten zugelegt. Die Anlageinvestitionen wurden um 2,1 % und der Staatskonsum um 1,8 % pro Jahr ausgeweitet. Wegen der starken Einschränkung im Jahr 2020 aufgrund der Corona-Eindämmungsmaßnahmen stagnierte der private Konsum im Durchschnitt des Fünfjahreszeitraums. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich weiter verbessert. Die Arbeitslosenquote ging von 9,1 % im Jahr 2017 auf 7,7 % im Jahr 2021 zurück. Im Durchschnitt des Fünfjahreszeitraums betrug sie 8,1 %. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich zwar im Prognosezeitraum weiter verbessern, aber es machen sich zunehmend Arbeitskräfteknappheiten im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung bemerkbar. Die Inflationsrate lag im Durchschnitt des Zeitraums 2017 bis 2021 bei 1,5 % und damit unter dem Ziel der Europäischen Zentralbank von rund 2 %. Im Zuge der Erholung von der Corona-Pandemie, der Verwerfungen in den globalen Lieferketten und zuletzt auch des Kriegs gegen die Ukraine hat sich die Inflation im Jahr 2021 und im bisherigen Verlauf des Jahres 2022 aber kräftig beschleunigt. Im Juni erreichte sie einen neuen Höchstwert von 8,6 %. Angesichts der nach wie vor hohen Dynamik bei den Energiepreisen und bei den industriellen Erzeugerpreisen wird die Inflationsrate noch längere Zeit sehr hoch bleiben und damit im Durchschnitt des Zeitraums 2022 bis 2026 deutlich höher als in den vergangenen fünf Jahren sein (Tabelle 2).

Im Zeitraum 2022 bis 2026 dürfte die Produktion im Euroraum um 1,7 % und in der EU-27 um 1,9 % pro Jahr zunehmen. Für die OECD-Länder wird eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 1,9 % und für die Weltproduktion von 2,8 % erwartet.

**Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent**

	2017–2021	2022–2026
BIP-Wachstum	0,9	1,7
Arbeitslosenquote	8,1	6,7
Inflation HVPI	1,5	3,7

Quellen: Eurostat, ab 2022 Prognose des IHS

Das Volumen des globalen Warenhandels nahm im Zeitraum 2017 bis 2021 um 2,5 % pro Jahr zu. Die Jahre 2020 und 2021 waren von der Corona-Pandemie geprägt. Einem Einbruch des Welthandels um 5,2 % im ersten Pandemiejahr folgte im Jahr 2021 eine Ausweitung um 10,3 %. Dieses kräftige Wachstum muss vor dem Hintergrund gesehen werden, dass der Dienstleistungshandel einschließlich des grenzüberschreitenden Tourismus im Jahr 2021 noch durch Pandemieeindämmungsmaßnahmen beschränkt wurde, sodass sich der Konsum zu den Waren verlagerte. Hinzu kam der pandemiebedingt besonders dynamische Handel mit medizinischen Produkten und mit Gütern der Informations- und Kommunikationstechnologie. Im laufenden und dem kommenden Jahr wird der Welthandel durch die noch immer anhaltenden Störungen der globalen Lieferketten, unter anderem als Folge der strikten Null-Covid-Politik in China und wegen des Kriegs gegen die Ukraine, gebremst. Auch mittelfristig dürfte der Welthandel nur moderat zunehmen. Dies deutete sich bereits seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 an. Seitdem expandiert der Welthandel im Durchschnitt langsamer als die Weltproduktion. Weitere Impulse aus der Integration der asiatischen Schwellenländer und der Länder in Mittel- und Osteuropa in die globale Arbeitsteilung sind nicht zu erwarten. Die globalen Lieferengpässe und zunehmende geopolitische Risiken dürften im Gegenteil dazu führen, dass die Lieferketten weniger fragmentiert werden und Teile der Produktion innerhalb der großen Wirtschaftsblöcke angesiedelt werden. Diese verstärkte Ausrichtung auf Versorgungssicherheit und der damit verbundene Verzicht auf Spezialisierungsvorteile verringert das Wachstum der Produktivität, der Wirtschaftsleistung und des Welthandels. Im Durchschnitt des Zeitraums 2022 bis 2026 sollte der Welthandel um 3,0 % pro Jahr ausgeweitet werden.

Der Erdölpreis unterlag in den vergangenen Jahren starken Schwankungen. In jahresdurchschnittlicher Betrachtung stieg er von 54,8 US-Dollar je Barrel der Sorte Brent im Jahr 2017 auf 70,7 US-Dollar im Jahr 2021. Für den Durchschnitt des Fünfjahreszeitraums ergibt sich ein Preis von rund 60 US-Dollar je Barrel. Im

Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine ist der Ölpreis im Verlauf des Jahres 2022 stark gestiegen. An den Terminmärkten geht der Preis für die kommenden Jahre leicht zurück. Für den Fünfjahreszeitraum 2022 bis 2026 wird in der vorliegenden Prognose ein durchschnittlicher Preis von rund 92 US-Dollar je Barrel zugrunde gelegt. Der durchschnittliche Wechselkurs zwischen dem Euro und dem US-Dollar betrug in den vergangenen fünf Jahren 1,15 USD/EUR. Wegen der deutlich rascheren Straffung der Geldpolitik in den USA im Vergleich mit dem Euroraum hat der Euro in den ersten Monaten des Jahres 2022 stark an Wert gegenüber dem US-Dollar verloren. Mitte Juli erreichte er erstmals seit 20 Jahren die Parität von einem US-Dollar für einen Euro. Für den Zeitraum 2022 bis 2026 wird ein durchschnittlicher Wechselkurs von 1,08 USD/EUR unterstellt.

In den Jahren 2022 und 2023 dürfte die internationale Wirtschaftsentwicklung von den Folgen des Kriegs gegen die Ukraine und nach wie vor von der Corona-Pandemie geprägt sein. Mittelfristig sollten diese Nachwirkungen aber an Einfluss verlieren, sodass die Weltwirtschaft auf einen moderaten Wachstumspfad einschwenken wird. Gebremst wird die Entwicklung im gesamten Prognosezeitraum durch die markante Straffung der Geldpolitik. Zudem sind in vielen Ländern im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie die öffentlichen Schuldenstände kräftig gestiegen. In vielen Ländern belasten im Jahr 2022 zusätzlich die fiskalischen Maßnahmen zur Abfederung der Folgen der hohen Inflation die öffentlichen Haushalte. Mittelfristig müssen die Schuldenstände reduziert werden, sodass die Fiskalpolitik insgesamt restriktiv wirken dürfte.

Risiken für die Weltwirtschaft sind kurzfristig mit der Entwicklung der Corona-Pandemie und dem Krieg gegen die Ukraine verbunden. Eine abrupte Unterbrechung der Erdgaslieferungen aus Russland nach Europa würde zu einem weiteren starken Energiepreisanstieg führen und eine Rezession auslösen. Die strikte Null-Covid-Politik der chinesischen Regierung steht einer raschen Normalisierung der globalen Lieferketten im Wege. Sollten weitere, sehr infektiöse Varianten des Corona-Virus auftreten, könnten häufig wiederkehrende Lockdowns auch mittelfristig die Lieferketten stören. Eine sehr strikte Fokussierung auf eine Stärkung der Versorgungssicherheit und eine Verkürzung der globalen Lieferketten könnte wegen des Verzichts auf Spezialisierungsvorteile zu einer merklichen Verlangsamung des globalen Produktivitätsfortschritts führen.

## 3.2 Länderprognosen

Die Coronakrise hat eine der längsten wirtschaftlichen Expansionsphasen der **Vereinigten Staaten** abrupt unterbrochen. Die Wirtschaftsleistung stieg im Zeitraum zwischen 2017 und 2021 real um durchschnittlich 1,9 % pro Jahr, die Entwicklung war

aber ungleichmäßig. Die robuste Konjunktur wurde durch den Corona-Einbruch im Jahr 2020 beendet. Im vergangenen Jahr folgte der Coronakrise ein schneller Aufschwung, der zusätzlich durch die expansive Fiskalpolitik unterstützt wurde. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen umfassten neben der Pandemiebekämpfung den Plan zum Wiederaufbau der Infrastruktur, ein umfangreiches sozialpolitisches Programm und Maßnahmen gegen den Klimawandel. Das Fiskalpaket führte zu einer massiven Ausweitung des Budgetdefizits und der Staatsschuldenquote, sollte sich aber sowohl kurz- als auch mittelfristig positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirken.

Der Arbeitsmarkt wurde durch den robusten Aufschwung im letzten Jahr sehr positiv beeinflusst, wodurch die Arbeitslosenquote auf 3,6 % zurückging, zugleich aber auch ein Arbeitskräftemangel offengelegt wurde. Durch die starke Nachfrage und gleichzeitige Angebotslücken seit Ausbruch der Coronakrise stieg die Inflation im ersten Halbjahr 2022 stark an, weshalb die US-Notenbank Fed mit einer Straffung der Geldpolitik entgegenwirkt. Die Straffung umfasst die Einstellung der Nettoanleihekäufe, eine graduelle Reduktion der Zentralbankbilanz und einen Leitzinsanhebungszyklus, der die Federal Funds Rate bis 2023 voraussichtlich bis knapp unter 4 % bringen wird. Die Konjunktur wird dadurch gebremst, weshalb das Institut davon ausgeht, dass das BIP-Wachstum 2022 und 2023 auf 2,3 % und 1,7 % zurückgehen wird und danach auf den mittelfristigen Wachstumspfad einschwenkt. Für den Prognosezeitraum 2022 bis 2026 wird somit eine durchschnittliche jährliche BIP-Expansion von 1,8 % prognostiziert.

In **Japan** ist die Wirtschaft in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 0,2 % geschrumpft. Nach den Rückgängen in den Jahren 2019 und 2020 erholte sich die Wirtschaftsleistung im Jahr 2021. Für eine positive Entwicklung im Prognosezeitraum stellt die seit neun Jahren stark schrumpfende Bevölkerung eine Herausforderung dar. Obwohl die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte in den letzten Jahren gestiegen ist, reicht dies nicht aus, um auch nur die Hälfte des Rückgangs der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auszugleichen. Eine steigende Erwerbsbeteiligung könnte helfen, einen Teil dieser Lücke zu schließen, langfristig wäre aber wohl eine stärkere Zuwanderung notwendig.

Im Prognosezeitraum wird das BIP voraussichtlich um durchschnittlich 1,2 % pro Jahr wachsen. Solide Unternehmensgewinne und die Arbeitskräfteknappheit dürften die Investitionstätigkeit erhöhen. Eine neue Halbleiterfabrik, bei der der Staat die Hälfte der Investitionssumme in Höhe von 7,6 Mrd. Euro trägt, sollte ab 2024 dem Chipmangel in der Automobilindustrie entgegenwirken. Die Konsumausgaben werden durch eine expansive Finanz- und Geldpolitik unterstützt. Zum Erreichen des Preisstabilitätszieles von 2 % Preissteigerung beabsichtigt die japanische Zentralbank, ihre ultralockere Geldpolitik fortzusetzen. Durch die niedrigen Zinssätze können auch die Auswirkungen der hohen Staatsverschuldung abgefedert werden. Die Exporte sollten von der Zunahme

der Auslandsnachfrage profitieren, insbesondere aus den USA, China und den anderen asiatischen Ländern, unterstützt durch das im November 2020 abgeschlossene Freihandelsabkommen RCEP. Weitere Störungen der Lieferketten sowie Unsicherheiten hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Rohstoffpreise könnten die Erholung aber dämpfen.

Die Wirtschaft der **Volksrepublik China** ist in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 6,0 % gewachsen. Allerdings verlangsamte sich das Wachstumstempo in diesem Zeitraum kontinuierlich. Dies geht auf die Umsetzung des Reformprozesses sowie das schwache Wachstum im Jahr 2020 zurück. Kernpunkt der Reform war die angestrebte Umwandlung des chinesischen Wirtschaftsmodells von einer export- und investitionsgetriebenen hin zu einer stärker konsumgetriebenen Wirtschaft. Im Einklang mit diesen Zielen hat sich im Zeitraum 2017 bis 2020 der Zuwachs der Investitionen deutlich abgeschwächt. Andererseits profitierte die chinesische Wirtschaft vom globalen Aufschwung in der güterverarbeitenden Industrie der letzten Jahre besonders stark.

Im Prognosezeitraum dürfte das BIP-Wachstum im Durchschnitt 4,7 % betragen. Strukturprobleme, ein angeschlagener Immobiliensektor, eine sehr hohe Schuldenlast, insbesondere in den Provinzen, Kreisen und Städten, eine schrumpfende Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sowie die Verzögerung der Reform des Renteneintrittsalters werden zu einer Verlangsamung des BIP-Wachstums im Prognosezeitraum führen. Dazu kommen das nachlassende Produktivitätswachstum und die Verlangsamung der Abwanderung der Menschen vom Land in die Städte, welche für lange Zeit eine starke Investitionstätigkeit ermöglicht hat. Zu den Herausforderungen in der Prognoseperiode zählt die weitere Umsetzung der Entwicklungsstrategie, die die Umstellung von Anlageinvestitionen und Schwerindustrie auf Binnenkonsum und Dienstleistungen vorsieht. Weitere Herausforderungen betreffen die Verbesserung und Ausweitung der öffentlichen Dienstleistungen und der sozialen Sicherheitsnetze sowie den Abbau der internen Handelsschranken. Eine Entspannung der Coronasituation sollte den privaten Konsum ankurbeln. In den Jahren 2023 bis 2024 dürfte der private Konsum die Hauptantriebskraft des Wirtschaftswachstums sein.

Die Wirtschaftsleistung **Deutschlands** ist im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre um 0,6 % gestiegen. Bereits in den Jahren 2018 und 2019 hatte sich das Wachstum aufgrund einer Schwäche im Verarbeitenden Gewerbe verlangsamt. Im Jahr 2020 brach dann das Bruttoinlandsprodukt pandemiebedingt um 4,6 % ein. Im Jahr 2021 stieg es um 2,9 %, womit die Erholung von der Corona-Pandemie noch nicht abgeschlossen ist. Im Durchschnitt des vergangenen Fünfjahreszeitraums war das Wachstum des öffentlichen Konsums am höchsten, das des privaten Konsums am niedrigsten. Beim Außenhandel entwickelten sich die Aus- und Einfuhren von Waren deutlich dynamischer als der

Handel mit Dienstleistungen. All dies dürfte auf die Corona-Pandemie zurückzuführen sein.

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich in den vergangenen fünf Jahren positiv. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote war im Dezember 2021 mit 5,2 % um 0,8 Prozentpunkte niedriger als fünf Jahre zuvor. Die Zahl der Erwerbstätigen war im Durchschnitt des Zeitraums 2017 bis 2021 um 4,8 % höher als im vorhergehenden Fünfjahreszeitraum. Die Inflation war niedrig und belief sich im Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2021 auf 1,7 %. Seit dem Jahr 2021 zieht die Teuerung aber spürbar an. In den Jahren 2022 und 2023 wird sie deutlich über dem Zwei-Prozent-Ziel der Europäischen Zentralbank liegen, und auch mittelfristig dürfte sie höher sein als vor 2021. Die steigende CO<sub>2</sub>-Bepreisung, die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns und die zunehmenden Arbeitskräfteknappheiten dürften dazu beitragen.

Die beiden ersten Jahre des Prognosezeitraums werden von den Folgen des Kriegs gegen die Ukraine und den Nachwehen der Corona-Pandemie geprägt. Die Wirtschaftsleistung dürfte um 2,0 % bzw. 2,8 % ausgeweitet werden. Mittelfristig sollten die Lieferkettenprobleme und die sehr hohen Teuerungsraten überwunden werden. Das Wirtschaftswachstum wird dann aber durch das abnehmende Erwerbspersonenpotenzial gebremst. Verwendungsseitig sollten sich der private Konsum und die Investitionen solide entwickeln, während im Einklang mit der nur moderaten Ausweitung des Welthandels von der Außenwirtschaft kaum Wachstumsimpulse ausgehen dürften. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Zeitraum 2022 bis 2026 um 1,6 % pro Jahr zunehmen.

**Italien** befand sich vor der Coronakrise auf einem moderaten Wachstumspfad. Der Aufschwung nach der Finanzkrise (2008/09) und der Eurokrise (2011/12) verlief vergleichsweise langsam. Im Zeitraum zwischen 2017 und 2019 lag das BIP-Wachstum durchschnittlich bei 1,0 %. Im Jahr 2020 gehörte Italien mit einem Wirtschaftseinbruch von 9,1 % zu den am schwersten von der Coronakrise getroffenen Ländern. Der nachfolgende Aufschwung resultierte im Jahr 2021 in einem BIP-Anstieg von 6,6 % und setzt sich im laufenden Jahr fort, allerdings mit einer deutlich abgeschwächten Dynamik.

Erhebliche Konjunkturrisiken ergeben sich durch die hohe Abhängigkeit von russischen Gasimporten im Falle eines Lieferstopps und eines Anstiegs der Risikoaufschläge italienischer Staatsanleihen im Zuge der Straffung der Geldpolitik durch die EZB, was zu einer Gefährdung der mittelfristigen Staatsschuldentragfähigkeit führen könnte. Das langfristige Wirtschaftswachstum wird von der Umsetzung der Maßnahmen des nationalen Wiederaufbauplans (*Piano Nazionale di Ripresa e Resilienza*) abhängen. Mit dem Wiederaufbauplan sind Investitionen verbunden, die durch „Next Generation EU“-Mittel finanziert werden (200 Mrd. Euro) und potenziell das niedrige



Produktivitätswachstum des vergangenen Jahrzehnts anheben können. Für den Zeitraum 2022 bis 2026 geht das Institut von einem durchschnittlichen jährlichen BIP-Wachstum von 1,5 % aus.

**Frankreichs** Wirtschaftswachstum betrug zwischen 2017 und 2021 im Durchschnitt - 0,9 % pro Jahr. Vor dem Ausbruch der Coronakrise betrug das BIP-Wachstum im Durchschnitt 2,1 % und lag damit über dem Potenzialwachstum. Nach dem coronabedingten Einbruch des BIP um 7,9 % im Jahr 2020, gefolgt von einem Anstieg um 6,8 % im Jahr 2021, wird sich die Erholung voraussichtlich verlangsamen. Reallohnseinbußen infolge der hohen Inflation und die geopolitische Unsicherheit durch den Krieg gegen die Ukraine dämpfen die Konjunktur. Die Industrie leidet nach wie vor unter gestörten Lieferketten, welche durch den Lockdown in China während der ersten Jahreshälfte 2022 verstärkt wurden. Die Konjunktur verlangsamt sich und es wird ein BIP-Wachstum von 2,3 % im laufenden Jahr erwartet. Für das Jahr 2023 wird ein BIP-Anstieg von 1,5 % prognostiziert. Angebotsseitige Maßnahmen im Rahmen des Wiederaufbauplans (*France Relance*), welcher sich auf ein Volumen von 100 Mrd. Euro beläuft (davon 40 Mrd. Euro von der EU), wie Investitionen in die Infrastruktur, Digitalisierung und Bildung, sollten einen positiven Effekt auf das Potenzialwachstum entfalten. Im gesamten Prognosezeitraum zwischen 2022 und 2026 ergibt sich ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 1,6 %.

Die Wirtschaftsleistung im **Vereinigten Königreich** verzeichnete in den vergangenen fünf Jahren einen durchschnittlichen Anstieg um 0,6 % pro Jahr. Insbesondere die Entscheidung für den Brexit im Juni 2016 und das endgültige Ausscheiden aus dem Europäischen Binnenmarkt Ende 2020 (nach einer elfmonatigen Übergangsfrist) dürften dämpfend auf das Wachstum gewirkt haben. Im Coronajahr 2020 hat die Regierung erst spät Maßnahmen zur Eindämmung der Krise ergriffen und musste einen im internationalen Vergleich starken Wirtschaftseinbruch von 9,8 % hinnehmen. Die Inflation betrug in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich 2,1 % und der Leitzins der *Bank of England* war niedrig (zwischen 0,1 % und 0,75 %). Zuletzt ist die Inflation allerdings auf über 9 % gestiegen und der Leitzins wurde auf 1,25 % angehoben.

Das künftige Wirtschaftswachstum wird von der hohen Inflation, den Unsicherheiten um den Krieg gegen die Ukraine und den Folgen der Coronakrise beeinflusst. Zusätzlich belastet der Brexit das Wachstum. Nach wie vor gibt es Friktionen im Handel mit der EU, und insbesondere die Bedingungen für den Handel mit Finanzdienstleistungen sind noch nicht vollständig geklärt. Im Februar etwa verlängerte die EU-Kommission die Ausnahmeregel für britische Finanzdienstleister, welche es diesen erlaubt, weiter in der EU tätig zu sein. Es wird eine weitere Straffung der Geldpolitik erwartet und der Arbeitskräftemangel wird wohl länger anhalten. Im Prognosezeitraum dürfte die Wirtschaft im laufenden Jahr noch kräftig wachsen und anschließend moderate Wachstumsraten

verzeichnen. Insgesamt sollte die Wirtschaft in der Prognoseperiode um durchschnittlich 1,7 % pro Jahr wachsen.

In den Jahren 2017 bis 2021 wuchs die Wirtschaft der **Schweiz** um durchschnittlich 1,4 % pro Jahr, wobei die Coronakrise mit einem Rückgang von 2,5 % im Jahr 2020 relativ gut gemeistert wurde. Dafür war hauptsächlich der positive Beitrag des Außenhandels verantwortlich, insbesondere die starken Exporte von chemischen und pharmazeutischen Produkten. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) dürfte mit ihren Interventionen am Devisenmarkt dafür verantwortlich sein, dass der Franken im Zuge der Coronakrise nicht stärker aufgewertet hat. Die Inflation war in der vergangenen Fünfjahresperiode mit 0,3 % niedrig und die Leitzinsen durchgängig im negativen Bereich (-0,75 %). Auch in der Schweiz hat die Inflation allerdings zuletzt kräftig angezogen, und zwar auf über 3 %.

Die Wirtschaftsentwicklung wird in der ersten Hälfte der Prognoseperiode von der hohen Inflation, den Auswirkungen des Kriegs gegen die Ukraine und anhaltenden Störungen in den internationalen Lieferketten geprägt. Zudem dürfte der Wert des Schweizer Franken als krisensichere Währung hoch bleiben, was einerseits die Exportwirtschaft belastet, aber andererseits den Inflationsdruck begrenzt. Im Juli ist der Euro unter die Marke von einem Schweizer Franken gefallen, was zuletzt für kurze Zeit im Jänner 2015 der Fall war, nachdem die SNB den Euro-Mindestkurs von 1,20 Franken aufgehoben hatte. Die SNB hat zuletzt ihre Bereitschaft bekräftigt, bei Bedarf am Devisenmarkt zu intervenieren, um dem Aufwertungsdruck auf den Franken entgegenzuwirken. Im laufenden Jahr dürfte das Wachstum deutlich oberhalb des Potenzialwachstums liegen. Danach wird die Wirtschaft etwas langsamer expandieren und sollte im Durchschnitt der kommenden fünf Jahre ein jährliches Wachstum von 1,8 % erzielen.

Nach einem BIP-Anstieg um 3,1 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre dürfte sich das Wirtschaftswachstum in den nicht dem Euroraum angehörenden **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten (NMS-6)** nur leicht beschleunigen und im Durchschnitt der Jahre 2022 bis 2026 3,2 % betragen. Damit bleibt das Wachstumsdifferential gegenüber dem Euroraum bei 1,5 Prozentpunkten und die Konvergenz sollte weiter fortschreiten. Die steigende Arbeitsproduktivität sowie die damit einhergehende allmähliche Annäherung des Lohnniveaus an den EU-Durchschnitt werden den Aufholprozess unterstützen.

Nach dem pandemiebedingten Einbruch der Konjunktur im Jahr 2020 lag das BIP aller Länder der Region mit Ausnahme Tschechiens und der Slowakei im Jahr 2021 über dem Vorkrisenniveau. In den Jahren 2022 bis 2026 dürfte die Wirtschaftsleistung der mittel- und osteuropäischen Länder moderat zunehmen. Die treibende Kraft der

Wirtschaftsdynamik bleibt in allen Ländern die Inlandsnachfrage. Der öffentliche Konsum und die Investitionen, hauptsächlich im Wohnungsbau und im Energiesektor, tragen das Wachstum. Die Implementierung von Investitionsprojekten im Rahmen des „Next Generation EU“-Programms sowie des EU-Haushalts 2021 bis 2027 dürften die Wirtschaftsleistung in diesen Ländern im Prognosezeitraum unterstützen. Wegen der hohen Inflation müssen die privaten Haushalte mit erheblichen Realeinkommensverlusten rechnen. Dies dämpft ihre Konsumneigung. Die höheren Zinsen bremsen die Investitionen. Geringeres Wachstum bei den wichtigsten Handelspartnern, Unterbrechungen der Lieferketten und ein Vertrauensverlust aufgrund des Kriegs gegen die Ukraine dämpfen die Exporte der mittel- und osteuropäischen Länder in den ersten Jahren der Prognoseperiode.

Nach dem krisenbedingten kräftigen Anstieg der Schuldenquoten dürfte die Fiskalpolitik in den nächsten Jahren in allen Ländern der Region gestrafft werden. Die Situation ist aber von Land zu Land unterschiedlich. Während die Schuldenquoten in Kroatien, Ungarn und Slowenien im Jahr 2021 über 75 % des BIP betragen, lagen sie in Bulgarien, Tschechien und Rumänien mit Werten unter 50 % des BIP auf einem moderaten Niveau.

Die Automobilindustrie ist mit einem hohen Anteil an der Industrieproduktion und den Exporten ein wichtiger Wirtschaftszweig in allen mittel- und osteuropäischen Ländern. Zurzeit befindet sich diese Branche im Umbruch. Der Umstieg der Produktion auf Elektromobilität, die Digitalisierung und das automatisierte Fahren bedeuten für diese Länder tiefgreifende Transformationsprozesse innerhalb der Industrie und verstärken mittelfristig die Herausforderungen für die Arbeitsmärkte der Region.

Zusätzliche Herausforderungen stellen die Bemühungen zur Verringerung der Abhängigkeit von russischen Brennstoffen, die Beschleunigung grüner Investitionen und die Diversifizierung der Energieversorgung dar. Die Energieintensität ist in Bulgarien am höchsten, gefolgt von Tschechien, Ungarn und Polen, und am niedrigsten in Slowenien und Rumänien. Allerdings ist sie in allen Ländern höher als im EU-Durchschnitt.

In den vergangenen fünf Jahren ist das BIP in **Tschechien** um 1,7 % pro Jahr gestiegen. Für den Zeitraum 2022 bis 2026 wird mit einem BIP-Wachstum von durchschnittlich 2,5 % gerechnet. Nach einer schwachen Entwicklung im laufenden Jahr dürfte sich die Dynamik der Wirtschaftsleistung in den Folgejahren beschleunigen. Die Zuflüsse von EU-Mitteln, ein angespannter Arbeitsmarkt und die allmähliche Verbesserung der Lieferkettensituation in der Automobilindustrie dürften das Wachstum stützen. Zusätzlich setzen die nationalen Förderungen Anreize für Investitionen in neue Technologien sowie in Forschung und Entwicklung.

Nach einem BIP-Anstieg um durchschnittlich 3,3 % in den Jahren 2017 bis 2021 sollte die Expansion in **Ungarn** in den Jahren 2022 bis 2026 dieses Tempo beibehalten. Das kürzlich

angekündigte Konsolidierungspaket der Regierung sieht für den Rest dieses Jahres und das nächste Jahr Maßnahmen im Umfang von rund 3 % des BIP vor. Eine deutliche Erhöhung der sektoralen Steuern (darunter des Banken- und Energiesektors) soll rund 40 % der Mittel einbringen. Auch eine Einführung neuer Steuern, die hauptsächlich auf die großen multinationalen Unternehmen des Dienstleistungssektors abzielen, ist geplant. Öffentliche Investitionsprojekte wurden verschoben, da die Mittel aus dem „Next Generation EU“-Programm noch immer eingefroren sind.

In **Polen** dürfte sich das Wirtschaftswachstum, nach 3,7 % in den vergangenen fünf Jahren, im Prognosezeitraum etwas auf 3,4 % pro Jahr verlangsamen. Das Wachstum wird vom Konsum gestützt, getrieben durch Steuersenkungen und Transferzahlungen vor den Parlamentswahlen im Herbst 2023. Konjunkturstützend wirken auch die Ausgaben zur Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge. So kann Polen den Hauptanteil der 3,5 Mrd. EUR abrufen, die die Europäische Kommission für die ukrainischen Flüchtlinge zur Verfügung gestellt hat. Die kürzliche Freigabe der „Next Generation EU“-Mittel wird die Investitionen in den kommenden Jahren ankurbeln.

Im Fünfjahres-Durchschnitt 2017 bis 2021 ist die Wirtschaftsleistung der **Slowakei** um 1,5 % gestiegen. Im Prognosezeitraum dürfte das BIP mit 3,1 % deutlich stärker zunehmen. Die starke Abhängigkeit von Energieimporten aus Russland und die Bedeutung des Automobilsektors mit Lieferengpässen bei Vorprodukten erhöhen die Konjunkturrisiken am Anfang der Prognoseperiode. Da einige Automobilhersteller planen, ihre Kapazitäten zu erweitern und weitere Investitionen in Richtung E-Mobilität vorzunehmen, dürften in den kommenden Jahren neue Arbeitsplätze geschaffen und dadurch die Arbeitslosigkeit weiter gesenkt werden. Inflationsausgleichsmaßnahmen und ein langsames Wirtschaftswachstum belasten die öffentlichen Haushalte, sodass das Budgetdefizit in der Prognoseperiode über 3 % des BIP liegen könnte.

Für **Slowenien** wird in den Jahren 2022 bis 2026 ein durchschnittliches Wachstum von 3,2 % erwartet, womit das Wachstumstempo der letzten fünf Jahren beibehalten werden dürfte. Wachstumsmotoren werden die Investitionen und der öffentliche Konsum sein. Umfangreiche öffentliche Investitionsprojekte, wie die Fertigstellung des Karawankentunnels bis Juni 2025, dürften das BIP-Wachstum stützen.

In den vergangenen fünf Jahren ist das BIP in **Rumänien** um durchschnittlich 3,6 % pro Jahr gestiegen. Im Prognosezeitraum dürfte sich das durchschnittliche BIP-Wachstum ebenfalls auf 3,6 % belaufen. Impulse gehen von den in der Umsetzung befindlichen Autobahninvestitionen und von weiteren Investitionen aus. Die Auszahlung von EU-Mitteln dürfte sich insbesondere auf die Investitionen im Jahr 2023 stark auswirken. Die finanzpolitische Herausforderung wird darin bestehen, ein Gleichgewicht zwischen der Notwendigkeit einer allmählichen Haushaltskonsolidierung und der weiteren

Unterstützung der Wirtschaft zu finden. Die Verringerung des hohen Leistungsbilanzdefizits stellt eine weitere Herausforderung in der Prognoseperiode dar.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre expandierte das BIP in **Kroatien** um 2,2 %. Nach dem starken Einbruch während der Pandemie dürfte sich der Tourismus in der Prognoseperiode langsam erholen und das BIP-Wachstum stützen. Auch die Investitionen, kofinanziert durch EU-Fördermittel, sollten die Konjunktur stützen. Am 1. Jänner 2023 wird Kroatien dem Euroraum beitreten. Insgesamt könnte die Wirtschaft im Durchschnitt der Jahre 2022 bis 2026 um 3,2 % wachsen.

Nach einem BIP-Anstieg um 2,0 % im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre dürfte die Wirtschaft in **Bulgarien** im Prognosezeitraum ein Wachstum von 2,8 % pro Jahr verzeichnen. Die Inlandsnachfrage sollte mit einem nach der Pandemie wiederbelebten Tourismus die Konjunktur stützen. Das Ziel Bulgariens, am 1. Jänner 2024 dem Euroraum beizutreten, könnte laut dem Konvergenzbericht der Europäischen Kommission vom Juni 2022 gefährdet werden.

In **Russland** wurde in den letzten fünf Jahren ein durchschnittliches BIP-Wachstum von 1,7 % verzeichnet. Im Prognosezeitraum wird die Wirtschaftsleistung wegen des Kriegs gegen die Ukraine voraussichtlich um 1,8 % pro Jahr zurückgehen. Die Auswirkungen des Kriegs und der westlichen Sanktionen werden die Wirtschaftsleistung mittelfristig belasten und das Land isolieren. Die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe dürfte von der Bauteileknappheit und Versorgungsproblemen infolge der Sanktionen sowie der Entscheidung vieler internationaler Unternehmen, sich aus Russland zurückzuziehen, am Anfang der Prognoseperiode gedämpft werden. Infolge der Abwanderung ausländischen Kapitals und verschärfter Kreditbedingungen ist mit einer schwachen Investitionstätigkeit in der Prognoseperiode zu rechnen. Große Unsicherheit und eine durch kräftige Inflationsraten schwindende Kaufkraft drücken die Nachfrage der privaten Haushalte. Eine starke Verringerung der Importe der Europäischen Union von Gas und Öl infolge des EU-Importverbots für Öl und Mineralprodukte und das Importembargo der USA und des Vereinigten Königreichs sowie Einfuhrbeschränkungen für russische Waren wie Holz und Kohle dürften die Konjunktur in diesem und im nächsten Jahr dämpfen. Die Ausfuhr von Agrarprodukten dürfte zunehmen, da diese nicht unter die Sanktionen fallen. Ab dem Jahr 2024 dürfte die Wirtschaft wieder leicht wachsen.

**Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen**  
*Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent*

	2017–2021	2022–2026
BIP, real		
Deutschland	0,6	1,6
Italien	0,0	1,5
Frankreich	0,9	1,6
Vereinigtes Königreich	0,6	1,7
Schweiz	1,4	1,8
USA	1,9	1,8
Japan	-0,2	1,2
China	6,0	4,7
Polen	3,7	3,4
Slowakei	1,5	3,1
Tschechien	1,7	2,5
Ungarn	3,3	3,3
Slowenien	3,2	3,2
MOEL-5 <sup>i</sup>	3,0	3,2
Bulgarien	1,8	2,8
Rumänien	3,6	3,6
Kroatien	2,2	3,2
Russland	1,7	-1,8
Euroraum	0,9	1,7
NMS-6 <sup>ii</sup>	3,1	3,2
EU-27	1,2	1,9
OECD	1,5	1,9
Welt	2,6	2,8
Welthandel (Waren laut CPB)	2,5	3,0
Österreichische Exportmärkte	2,5	3,1
USD/EUR-Wechselkurs <sup>iii</sup>	1,15	1,08
Rohölpreis <sup>iii</sup>	60,4	91,6

<sup>i</sup>MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

<sup>ii</sup>NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

<sup>iii</sup>absolute Werte

Quellen: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, Refinitiv Datastream, ab 2022 Prognose des IHS

## 4 Die österreichische Außenwirtschaft

Die **österreichische Außenwirtschaft** verzeichnete vor dem Ausbruch der Coronakrise ein solides Wachstum. Die Entwicklung stand im Einklang mit der robusten internationalen Dynamik, allerdings hatte sich seit Ende 2018 eine Abkühlung des Welthandels abgezeichnet, die nicht zuletzt mit den zahlreichen von der damaligen US-Regierung geführten Handelskonflikten zusammenhing. Zwischen 2017 und 2019 betrug der durchschnittliche Zuwachs der Exporte i. w. S. real 4,5 % pro Jahr. Die Warenexporte nahmen im selben Zeitraum im Schnitt um 4,1 % zu. Im Jahr 2020 führte der pandemiebedingte Einbruch zu einem Rückgang der Exporte i. w. S. von 10,8 %. Eindämmungsmaßnahmen und Grenzsicherungen brachten den internationalen Flug- und Reiseverkehr zeitweise zum Erliegen, weshalb der Einbruch bei den Reiseverkehrsexporten am stärksten ausfiel. Die Wiederbelebung des weltweiten Warenhandels und der Industrieproduktion ließ nicht lange auf sich warten. Demnach lag das globale Handelsvolumen im Jahr 2021 bereits wieder um 10,3 % über dem Krisenjahr. Der Anstieg der Exporte i. w. S. betrug 13,9 % im Jahr 2021.

Im gesamten Prognosezeitraum zwischen 2022 und 2026 wird ein jährliches Wachstum der Warenexporte von durchschnittlich 3,0 % erwartet. Für die Reiseverkehrsexporte wird ein jährlicher Anstieg von gut 20 % prognostiziert. Während die Warenexporte das Vorkrisenniveau bereits im Jahr 2021 wieder erreicht haben, dürften die Reiseverkehrsexporte erst gegen Ende des Prognosehorizonts den Status quo ante wieder erreichen. Ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau werden die Reiseverkehrsexporte im laufenden und im nächsten Jahr voraussichtlich noch einmal kräftig zulegen, wobei für die Prognose keine coronabedingten Restriktionen mehr unterstellt werden. Das erwartete Wachstum der Exporte i. w. S. von im Durchschnitt 3,9 % pro Jahr impliziert, dass der Exportmarktanteil im Prognosezeitraum gehalten wird.

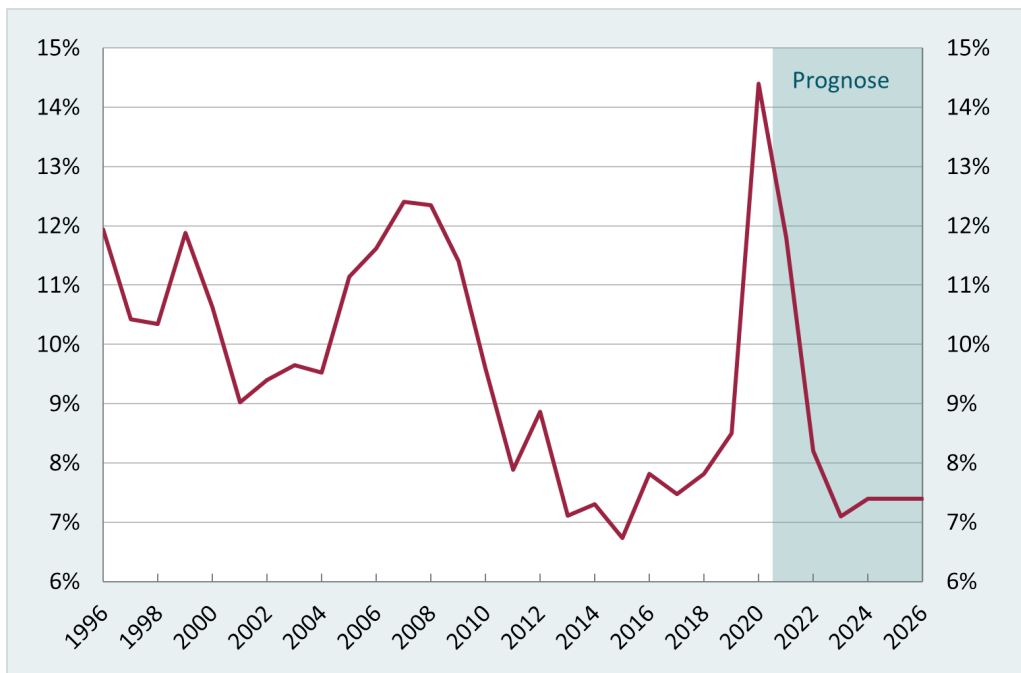
Für die realen Importe i. w. S. wird ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 3,5 % zwischen 2022 und 2026 prognostiziert. Für die Reiseverkehrsimporte ergibt sich im Prognosezeitraum ein erhöhtes durchschnittliches jährliches Wachstum von 10,5 %, was aus dem Aufholeffekt im laufenden Jahr von 50,0 % resultiert. Danach wird es voraussichtlich wieder zu moderateren Anstiegen kommen. Hoch fällt im laufenden Jahr auch die Prognose der Importpreise mit einem Anstieg von 9,0 % aus, was mit dem Energiepreisschock zusammenhängt. Sofern keine weiteren Energiepreisschocks auftreten, sollte die Entwicklung in den Folgejahren wieder moderat ausfallen.

## 5 Perspektiven der Inlandskonjunktur

Im Prognosezeitraum wachsen die real verfügbaren Einkommen der Haushalte im jährlichen Mittel um 1,0 %, was etwas schwächer ist als der längerfristige Mittelwert dieser Expansionsrate. Anders ausgedrückt, die Einkommenszuwächse halten sich in Grenzen. Dazu trägt auch die Inflationsrate bei, die sich nur langsam abbaut und an der Kaufkraft der Einkommen nagt. Demgegenüber übertrifft die mittlere jährliche Wachstumsrate für den realen **Konsum der privaten Haushalte** mit 2,0 % diese Dynamik der Einkommen bei Weitem. Diese Diskrepanz ist teilweise zu erklären durch die Nachwirkung der Pandemie und ihrer Konsumeinschränkungen. Das Zwangssparen dieser Ära hat nämlich die Haushalte mit einem unerwünschten Polster an Geldvermögen ausgestattet. Auch wenn die Haushaltssparquote bereits 2021 deutlich gefallen ist, bleibt ein Großteil dieser ungeplanten Ersparnisse weiter erhalten. Für den Prognosezeitraum sind nun zwei Extremszenarien denkbar. Im ersten Denkmodell haben die Haushalte ihre Verbrauchsgewohnheiten in den Lockdowns nachhaltig geändert und verzichten fortdauernd auf Ausgaben in gewissen nicht lebensnotwendigen Kategorien. Ihre Sparquote ist dauerhaft höher. Im zweiten Szenario verbrauchen die Haushalte ihre gesamten zusätzlich akkumulierten Ersparnisse, und ihre Sparquote fällt vorübergehend deutlich unter den Zielwert ab. Das Institut hält einen Mittelweg zwischen den beiden Extremen für wahrscheinlich. Die Haushalte konsumieren während eines begrenzten Zeitraums deutlich nach und kehren dann zu einem konstanten Zielwert für ihre Sparquote zurück.

Als Folge der Unterschiede in der Dynamik der Einkommen und der Konsumausgaben ist die **Sparquote der Haushalte** von ihrem Rekordniveau 2020 aus im Vorjahr steil abgefallen und erreicht in der Folge den Wert von 7,4 %, der bis zum Ende des Prognosezeitraums erhalten bleibt. Dies dürfte dem derzeitigen gleichgewichtigen Ziel entsprechen. Über den Prognosezeitraum ist das Mittel der Haushaltssparquote 7,5 %, wobei nur der Wert für 2022 noch darüber liegt. Das kleinere Nachfrageaggregat **Eigenkonsum der Dienste ohne Erwerbscharakter** wächst im Prognosezeitraum mit 2,0 % pro Jahr, also im Einklang mit dem Konsum der Haushalte. Die mittlere Wachstumsrate von 2,0 % gilt damit auch für den gesamten **privaten Konsum**.



**Abbildung 8: Sparquote der privaten Haushalte**

Quellen: Statistik Austria, ab 2022 Prognose des IHS

Abbildung 8 zeigt die Entwicklung der Haushaltssparquote seit 1996, wobei es sich bei den letzten fünf Werten um Prognosen handelt. Es ist sichtbar, dass diese Kenngröße markanten längerfristigen Wellenbewegungen unterliegt. Ein solcher Zyklus hat im Jahr 2015 seine Talsohle von etwas unter 7 % erreicht. In der Folge baute sich die Sparquote langsam wieder auf und erreichte vor der Pandemie 8,3 %. Während der moderate Konsumverzicht dieser Jahre freiwillig war, als die Haushalte einfach einen gewissen Aufbau ihrer Sparpolster vorzogen, war das Verhalten im Corona-Jahr 2020 weitgehend fremdbestimmt, denn das Konsumieren war in gewissen Kategorien während längerer Zeiträume gar nicht oder nur mit Einschränkungen möglich.

Abgesehen von der deutlich erkennbaren Reaktion der österreichischen Haushalte auf Änderungen ihrer Einkommen und dem unausweichlichen Ausbleiben eines wesentlichen Teils des Konsums angesichts geschlossener Geschäfte, sind viele andere mögliche und in internationalen Studien genannte Effekte auf die Haushaltsnachfrage nicht gesichert. Weder steigende oder fallende Arbeitslosigkeit noch die Sorge um den Schuldenstand der öffentlichen Hand haben in Österreich eine statistisch gesicherte Reaktion der Haushalte im Aggregat zur Folge. Ebenso dürfte im Prognosezeitraum ein aus Ländern mit hohem Preisauftrieb bekannter konsumdämpfender Verwirrungseffekt durch Inflation keine Rolle spielen, einfach weil die Preise dafür auch weiter nicht stark genug steigen. Vor der Coronakrise war ein Effekt der Einkommensverteilung zwischen Lohn- und Gewinneinkommen statistisch messbar, wobei Lohneinkommen stärkere

Auswirkungen auf den privaten Konsum hatten. In den letzten Jahren ist dieser Effekt nicht mehr nachweisbar, es könnte sich aber lohnen, ihn in der weiteren Entwicklung im Auge zu behalten. Das Wirken der sogenannten Fehlerkorrektur ist jedoch über die Coronakrise hinweg erhalten geblieben. Es führt dazu, dass starke Einkommenszuwächse die Haushaltssparquote verringern, eher schwache Einkommensdynamik sie aber erhöht. Dieser Effekt wirkt also im Prognosezeitraum dämpfend, wird aber durch die erwähnte Reserve an Geldvermögen aufgehoben.

Eine fallende Haushaltssparquote bedeutet gleichzeitig einen steigenden Anteil der Konsumausgaben am verfügbaren Haushaltseinkommen. Abbildung 9 zeichnet allerdings für die längerfristige Dynamik des Anteils der Konsumnachfrage am gesamtwirtschaftlichen Output ein anderes Bild. Dieser Anteil ist hier zum Vergleich gemeinsam mit dem Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt dargestellt. Sowohl **Konsumquotient** als auch **Investitionsquotient** werden zu laufenden Preisen, also nominell, gemessen. Diese Quotienten gehören historisch zu den sogenannten „großen Quotienten“<sup>1</sup> und werden häufig als möglicherweise langfristig konstante (stationäre) Kennzahlen einer Ökonomie angesehen. In Österreich zeigt der Konsumquotient einen tendenziellen Rückgang von fast 54 % auf rund 50 %. Demgegenüber ist der Investitionsquotient nach Erreichen einer Talsohle im Jahr 2010 nun wieder zum Ausgangswert von rund 25 % zurückgekehrt. International ist die Evidenz bezüglich eines stationären Konsumquotienten nicht eindeutig. Ein fallender Konsumquotient könnte ausdrücken, dass gewisse private Leistungen von der öffentlichen Hand übernommen werden, etwa im Bildungssektor. Zuletzt ist der Konsumquotient jedenfalls kurzzeitig stark abgefallen in Folge der Coronakrise, diese Bewegung wurde aber bereits kompensiert.

---

<sup>1</sup> Klein, L.R., Kosobud, R.F. (1961), Some Econometrics of Growth: Great Ratios of Economics, *The Quarterly Journal of Economics*, 75(2), S. 173-198; King, R.G., Plosser, C.I., Stock, J.H., Watson, M.W. (1991), Stochastic Trends and Economic Fluctuations, *American Economic Review*, 81, S. 819-840; Harvey, D.I., Leybourne, S.J., Newbold, P. (2003), How great are the great ratios? *Applied Economics* 35(2), S. 163-177, Chudik, A., Pesaran, M.H., Smith, R.P. (2022), Revisiting the great ratios hypothesis, Working Paper, Federal Reserve Bank of Dallas.

**Abbildung 9: Konsum der privaten Haushalte und Bruttoanlageinvestitionen als Anteile am BIP**



Quellen: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2022 Prognose des IHS

Die **Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich Investitionen in sonstige Anlagen) wurden im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre um 2,5 % pro Jahr ausgeweitet. Die Corona-Pandemie beendete einen langen Investitionsaufschwung. Bis zum Jahr 2019 waren die Ausrüstungsinvestitionen fünf Jahre lang um durchschnittlich 5,3 % gestiegen. Im Jahr 2020 brachen sie um 6,5 % ein, wurden anschließend aber wieder um 5,0 % ausgeweitet. Im Durchschnitt des Zeitraums 2017 bis 2021 stiegen die Investitionen in geistiges Eigentum und in Güter der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) mit jeweils rund 4 % am stärksten. Bei den Käufen von Maschinen und Geräten (ohne IKT-Ausrüstungen) belief sich das durchschnittliche Wachstum auf 1,1 %, bei den Käufen von Fahrzeugen auf 1,2 % pro Jahr.

Bis Anfang des laufenden Jahres waren die Bedingungen günstig, dass die Ausrüstungsinvestitionen ihre Erholung von den Folgen der Corona-Pandemie fortsetzen würden. Mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine haben sich die Rahmenbedingungen aber verschlechtert. Die Unsicherheit bezüglich der konjunkturellen Entwicklung ist groß und die bereits zuvor hohen Preisanstiege bei Vor- und Zwischenprodukten haben sich weiter verstärkt. Hinzu kam, nach einer Entspannung zu Jahresbeginn, eine erneute Verschärfung der Verwerfungen in den globalen Lieferketten. Darüber hinaus sind wegen der hohen Inflation und der begonnenen geldpolitischen Straffung die langfristigen Zinssätze bereits deutlich gestiegen, und dies dürfte sich im

Prognosezeitraum fortsetzen. Im Ergebnis dürften die Ausrüstungsinvestitionen heuer stagnieren und im kommenden Jahr um 1,5 % ausgeweitet werden.

Ab dem Jahr 2024 sollten die Nachwirkungen der Corona-Pandemie und die Folgen des Kriegs gegen die Ukraine für die Investitionen in Österreich überwunden sein. Auch die globalen Lieferketten sollten sich dann normalisiert haben. Die Ausrüstungsinvestitionen, insbesondere solche in IKT-Ausrüstung, dürften mittelfristig auch vom Österreichischen Aufbau- und Resilienzplan Im Rahmen des Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“ profitieren. Die Finanzierungsbedingungen dürften aber auch in der mittleren Frist ungünstiger bleiben als in den vergangenen fünf Jahren. Darüber hinaus sind nach den Schätzungen des Instituts die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten zu Beginn des Prognosezeitraums ein wenig überausgelastet, und die Kapazitätsauslastung sollte bis zum Jahr 2026 leicht zurückgehen (Kapitel 2). Es besteht demnach kein Bedarf an Investitionen in die Erweiterung der Produktionskapazitäten. Alles in allem erwartet das Institut, dass die realen Ausrüstungsinvestitionen im Zeitraum 2022 bis 2026 um 1,5 % pro Jahr ausgeweitet werden.

Der hohe Wettbewerbsdruck auf dem Weltmarkt für Investitionsgüter bremst deren Preisanstieg. So erhöhte sich der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre und auch der zurückliegenden zehn Jahre um nur etwa 1 % pro Jahr. Infolge des drastischen Preisanstiegs bei vielen Industrierohstoffen, Vor- und Zwischenprodukten sowie der Verwerfungen in den globalen Lieferketten hat sich der Preisauftrieb auch bei den Investitionsgütern zuletzt aber deutlich verstärkt. Da diese Faktoren nur allmählich an Einfluss verlieren dürften, erwartet das Institut, dass der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen im gesamten Prognosezeitraum stärker als im langjährigen Durchschnitt steigen wird. Für den Zeitraum 2022 bis 2026 erwartet das Institut eine Steigerung um 2,0 % pro Jahr.

Die **realen Bauinvestitionen** wurden im Zeitraum 2017 bis 2021 durchschnittlich um 2,4 % pro Jahr ausgeweitet, nach nur 0,2 % pro Jahr im vorhergehenden Fünfjahreszeitraum. Im Jahr 2017 endete eine vierjährige Schwächephase der Bautätigkeit. Im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre erhöhten sich die Wohnbauinvestitionen um 3,1 % und die sonstigen Bauinvestitionen um 1,8 % pro Jahr.

Im Prognosezeitraum machen sich zunächst die hohen Preissteigerungen und die Lieferengpässe bei vielen Baumaterialien bemerkbar. Zudem steigen die Finanzierungskosten, und da sich in den vergangenen Jahren die Immobilienpreise immer mehr von ihren fundamentalen Bestimmungsfaktoren (wie reale Einkommen und Mieten) entfernt haben, wurden regulatorische Maßnahmen ergriffen, die auf eine Begrenzung der Vergabe von Immobilienkrediten durch die Geschäftsbanken abzielen.

All dies bremst die Wohnbauinvestitionen. Die Bauinvestitionen der Unternehmen sollten sich im Einklang mit den Ausrüstungsinvestitionen zunächst schwach entwickeln und erst allmählich beleben, wenn die Preissteigerungen und die Lieferkettenprobleme abklingen. Auch mittelfristig wird aber in manchen Bereichen die Bautätigkeit der Unternehmen geringer als früher sein, denn die Corona-Pandemie wird wohl dauerhaft das Arbeiten von zuhause und die Nutzung von Videokonferenzen anstelle von Geschäftsreisen stärken, was den Bedarf an Gewerbeimmobilien reduziert. Bei den öffentlichen Bauinvestitionen dürfte auf der einen Seite bremsend wirken, dass sich die Finanzlage der Gebietskörperschaften im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen der Corona-Pandemie und der hohen Teuerung verschlechtert hat. Auf der anderen Seite dürfte als Folge des Kriegs gegen die Ukraine und der immer gravierenderen Auswirkungen des Klimawandels der Umstieg der Energieversorgung auf regenerative Energieträger forciert werden, was die öffentlichen und die privaten Bauinvestitionen stützt. Alles in allem erwartet das Institut, dass die realen Bauinvestitionen im Zeitraum 2022 bis 2026 um 1,1 % pro Jahr ausgeweitet werden.

Die Baupreise werden maßgeblich von den Kosten der Baumaterialien und deren Grundstoffe wie Eisen, Stahl und Erdöl beeinflusst. Außerdem spielen die Lohnkosten eine Rolle, wobei im Tiefbau der Einfluss der Materialkosten überwiegt, während in den personalintensiven Bereichen, etwa im Ausbaugewerbe, die Lohnkosten eine größere Rolle spielen. In den vergangenen fünf Jahren belief sich der Auftrieb der Baupreise auf 3,4 % pro Jahr. Einer leichten Entspannung im ersten Jahr der Corona-Pandemie folgte im Jahr 2021 eine kräftige Beschleunigung des Preisanstiegs. Ein wesentlicher Treiber war der rasche Nachfrageanstieg im Zuge der Erholung von der Pandemie bei gleichzeitigen Angebotsengpässen. Seit Beginn des Kriegs gegen die Ukraine gewann der Preisauftrieb noch mehr an Dynamik. So stieg der Deflator der Bauinvestitionen im Durchschnitt des Jahres 2021 um 6,2 % und im ersten Quartal 2022 bereits um 11,6 %. Da der Kostenanstieg bei den Baumaterialien und den Energieträgern nur sehr langsam nachlassen dürfte, erwartet das Institut, dass der Deflator der Bauinvestitionen im laufenden Jahr um 9,5 % und im kommenden Jahr um 5,0 % zunehmen wird. Auch mittelfristig werden die Baupreise wohl deutlich stärker zulegen als das allgemeine Preisniveau. Für den Zeitraumraum 2022 bis 2026 erwartet das Institut eine Preissteigerung um 5,1 % pro Jahr.

Die gesamten **realen Bruttoanlageinvestitionen**, also die Summe aus Ausrüstungs- und Bauinvestitionen, sind in den vergangenen fünf Jahren um 2,4 % pro Jahr gestiegen. Die Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen impliziert für die Anlageinvestitionen bis 2026 eine Zunahme um 1,3 % pro Jahr. Die Investitionsquote, also der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominellen Bruttoinlandsprodukt, hat sich von

23,1 % im Jahr 2016 auf 25,7 % im Jahr 2021 erhöht. Für das laufende Jahr folgt aus der Prognose ein Rückgang der Investitionsquote auf 25,2 %. Im Jahr 2026 sollte sie 25,5 % betragen. Das Wachstum der gesamten **realen Bruttoinvestitionen**, also die Summe aus Anlageinvestitionen und Lagerbestandsveränderungen, dürfte im Prognosezeitraum, 1,0 % pro Jahr erreichen, nach 2,5 % pro Jahr im zurückliegenden Fünfjahreszeitraum.

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** wird im Prognosezeitraum durch die Konjunktorentwicklung und die fiskalischen Konsequenzen der wirtschaftspolitischen Maßnahmen geprägt. Im Vergleich zu den Vorjahren verbessert sich die Budgetsituation aufgrund des Wegfalls der staatlichen Corona-Hilfen und der konjunkturellen Erholung. Hingegen belasten die ökosoziale Steuerreform, die Abschaffung der kalten Progression und insbesondere die Maßnahmen zur Milderung der Teuerungsfolgen das Budget. Für das laufende Jahr erwartet das Institut ein Defizit von 3,8 % des BIP. Im kommenden Jahr dürfte das Defizit auf 1,9 % zurückgehen. Unter der Annahme einer strikten Ausgabendisziplin könnte das Defizit bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 0,5 % sinken. Die mittelfristige Budgetprognose ist mit großer Unsicherheit behaftet, etwa hinsichtlich der fiskalischen Folgen des Kriegs, der Lieferkettenproblematik und des Pandemiegeschehens. Die hohe Inflation bedingt zwar ein kräftiges nominelles Einnahmenwachstum, allerdings belasten steigende Ausgaben, etwa für Gehälter und Pensionen, sowie allfällige weitere Teuerungsausgleiche die öffentlichen Haushalte.

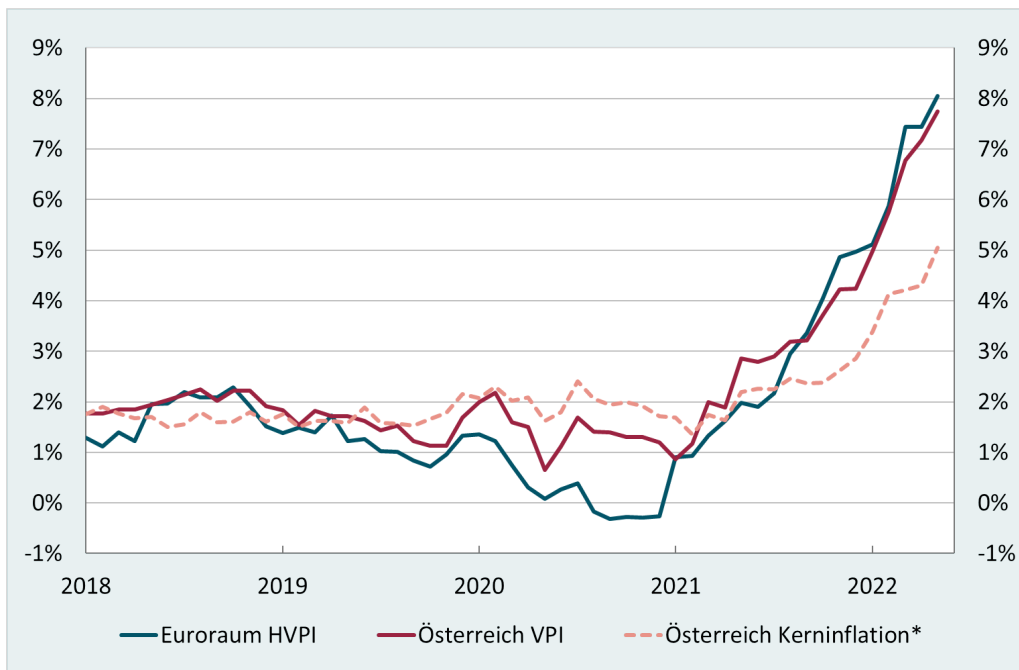
Prinzipiell sieht das Institut die Maßnahmen der Bundesregierung zur Absenkung der steuerlichen Belastung des Faktors Arbeit im Rahmen der ökosozialen Steuerreform und die Maßnahmen zur Abfederung der Teuerung positiv. Eine geringere Abgabenbelastung sowie eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung wurden vom Institut immer wieder gefordert. Durch die systematische Abschaffung der kalten Progression wird eine inflationsbedingte steuerliche Mehrbelastung des Faktors Arbeit in Zukunft verhindert. Allerdings ist die von den stark steigenden weltweiten Energiepreisen verursachte Inflation mit Wohlstandsverlusten im Inland verbunden, gegen die binnenwirtschaftliche Maßnahmen nicht helfen. Diese können allerdings dazu beitragen, die gesamtwirtschaftlichen Verluste gerechter zu verteilen. Daher sind vor allem jene Maßnahmen sinnvoll, die auf die soziale Treffsicherheit Bedacht nehmen und Haushalte, die bereits von Armut betroffen bzw. von dieser bedroht sind, besonders unterstützen. Positiv wird auch gesehen, dass zumindest bisher keine Maßnahmen zur Preisdeckelung bei den Energiepreisen bzw. allgemeine Umsatzsteuersenkungen getroffen wurden. Eine expansive Fiskalpolitik erscheint in der gegenwärtigen Situation kontraproduktiv.

Mittelfristig bleibt Österreich voraussichtlich auf einem nachhaltigen Budgetkurs, allerdings implizieren die Alterung der Bevölkerung, notwendige Infrastrukturausgaben im Zusammenhang mit dem Klimawandel und der Anstieg der langfristigen Zinsen zusätzliche Ausgaben. Die Struktur der staatlichen Ausgaben ist nicht optimal. Wie

immer wieder angemerkt, wäre es aus Sicht des Instituts wünschenswert, produktivitätserhöhenden Bereichen, wie Bildung, Digitalisierung und Forschung, höhere Priorität einzuräumen. Durch eine umfassende wirtschaftspolitische Strategie könnten Wachstumspotenziale gehoben werden. Die aktuellen geopolitischen Entwicklungen erfordern wohl auch eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Landesverteidigung. Diese erhöhten Ausgaben könnten durch wiederholt angemahnte Strukturreformen finanziert werden. So könnte etwa in den Bereichen Föderalismus, Gesundheitsversorgung, Pflege und Pensionen die Kostendynamik gebremst werden.

Die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** haben nach einem pandemiebedingt schwachen Jahr 2020 im vergangenen Jahr mit 2,9 % wieder kräftig zugelegt. Aufgrund der hohen derzeitigen Teuerungsraten werden die Nominallöhne 2022 und insbesondere 2023 noch einmal deutlich anziehen, bevor sie gegen Ende der Prognoseperiode um gut 3 % ansteigen. Die nominellen Lohnzuwächse werden im Schnitt über die Prognoseperiode in etwa den für die Haushalte relevanten Preissteigerungen (Konsumdeflator) entsprechen. Somit wird es über den gesamten Prognosezeitraum betrachtet keine nennenswerten Reallohnsteigerungen geben.

**Abbildung 10: Inflation in Österreich und im Euroraum**



\*Inflation ohne Nahrungsmittel und Energie in Österreich  
Quellen: Eurostat, Statistik Austria, eigene Berechnungen

Die **Inflation** (gemessen am Anstieg des VPI) betrug in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich 2,0 %. Diese durchschnittliche Betrachtung überlagert allerdings die Dynamik in den beiden Pandemie Jahren. Während im Jahr 2020 die erste Coronawelle

zu einem starken Energiepreisverfall mit entsprechend niedrigen Inflationsraten führte, sorgten die rasche Konjunkturerholung sowie die anziehenden Energiepreise für eine höhere Inflationsrate von 2,8 % im Jahr 2021. Die unterjährige Dynamik ist dabei beachtlich: So lag die Teuerungsrate zu Beginn des Jahres 2021 noch bei 0,9 %. Seitdem ist sie kontinuierlich auf 5,0 % zum Jahreswechsel 2021/22 und dann weiter auf voraussichtlich 8,7 % im Juni 2022 (Schnellschätzung) gestiegen. Der Höhepunkt der Teuerungswelle wird wohl im Herbst erreicht werden. Im kommenden Jahr sollte sich die Inflationsrate auf immer noch beachtliche 4,7 % zurückbilden. Im weiteren Verlauf erwartet das Institut rückläufige Raten, allerdings deutlich über dem Inflationsziel der EZB von 2,0 %. Gründe hierfür sind höhere Lohnstückkosten, verzögert wirkende Energiepreise insbesondere für Strom, Gas und Fernwärme sowie klimapolitisch erwünschte Anpassungskosten wie etwa die CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Die Geldpolitik ist zwar weniger expansiv ausgerichtet; stark restriktive Effekte mit entsprechenden Auswirkungen auf die Inflationsraten im Euroraum werden aber nicht erwartet. Alles in allem prognostiziert das Institut eine durchschnittliche Inflationsrate von 4,0 % für die Jahre 2022 bis 2026. Die Inflationsrate des Euroraums liegt derzeit über jener Österreichs. Das ist üblicherweise immer dann zu beobachten, wenn steigende Energiepreise die Inflation treiben. Mit abnehmendem Einfluss der Energiepreise wird sich das Inflationsdifferential zum Euroraum wieder umkehren und über den Prognosezeitraum hinweg ¼ Prozentpunkt betragen.

Der **Arbeitsmarkt** hat den Corona-Schock überraschend schnell überwunden. Im Zuge der starken Wirtschaftserholung zog die Beschäftigungsnachfrage kräftig an und die zu Beginn der Pandemie auf historisch hohe Werte gestiegene Arbeitslosenquote liegt aktuell sogar um etwa einen Prozentpunkt unter dem Vorkrisenniveau. Für den Jahresdurchschnitt 2022 werden eine Beschäftigungsausweitung um 2,8 % und eine Arbeitslosenquote von 6,3 % erwartet. Im weiteren Prognosezeitraum sollte die Lage am Arbeitsmarkt stabil bleiben. Vor dem Hintergrund des verhaltenen Wachstumstempos und der demografischen Entwicklung ist für die Jahre 2023 bis 2026 mit einer Zunahme der Beschäftigung von rund ¾ % pro Jahr zu rechnen. Die Arbeitslosenquote könnte am Ende des Prognosezeitraums gut 6 % betragen. Während die Arbeitsmarktpolitik in jüngster Vergangenheit darauf abzielte, Verwerfungen durch die Coronakrise zu bekämpfen bzw. gar nicht erst entstehen zu lassen, sollte in der Prognoseperiode die Arbeitsmarktpolitik verstärkt zur Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit des Arbeitskräftepotenzials eingesetzt werden. Dies erfordern die demografische Entwicklung und der hohe Mis-Match am österreichischen Arbeitsmarkt.

Nach dem coronabedingten Einbruch im Jahr 2020 hat die **Beschäftigung** kräftig angezogen. Bereits Mitte 2021 erreichte die (saisonbereinigte) Beschäftigung wieder das Vorkrisenniveau. Im laufenden Jahr blieb die Beschäftigungsnachfrage äußerst



dynamisch und die Zahl der offenen Stellen erreichte Rekordwerte. Der Aufschwung erfolgte breitflächig, lediglich in den Bereichen Textil, Bergbau, Glas/Möbel und sonstige persönliche Dienstleistungen liegt aktuell die Zahl der Arbeitsplätze noch unter dem Vorkrisenniveau. Die nachlassende konjunkturelle Dynamik, im Verein mit dem aufgrund der Demografie langsamer zunehmenden Arbeitskräftepotenzial, wird die Expansion der Beschäftigung im weiteren Prognosezeitraum wohl verlangsamen. Für den gesamten Prognosezeitraum wird somit ein durchschnittlicher jährlicher Beschäftigungszuwachs von gut 1 % erwartet.

Der kräftige wirtschaftliche Aufholprozess ermöglichte einen überraschend starken Rückgang der **Arbeitslosigkeit**. Ausgehend vom Höchststand im April 2020 ging die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen stetig zurück und erreichte gegen Jahresende 2021 wieder das Vorkrisenniveau. Im Zeitablauf hat sich der Rückgang allerdings verlangsamt und seit März des laufenden Jahres stagniert die (saisonbereinigte) Arbeitslosenzahl. Die verhaltene Konjunktorentwicklung spricht gegen einen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit im restlichen Prognosezeitraum. Allerdings dürfte die Beschäftigungsnachfrage kräftig genug ausfallen, um das noch etwas steigende Arbeitskräfteangebot zu absorbieren. Folglich geht das Institut davon aus, dass die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen im laufenden Jahr auf durchschnittlich knapp 265.000 Personen fällt und bis zum Ende des Prognosezeitraums auf diesem Niveau verharrt.

Laut Prognose wird die **Arbeitslosenquote** (nationale Definition) in diesem Jahr um knapp 1 ¼ Prozentpunkte auf 6,3 % zurückgehen und damit rund einen Prozentpunkt unter dem Vorkrisenniveau liegen. In den kommenden Jahren dürfte die Quote in etwa auf diesem Niveau verbleiben und im Jahr 2026 6,1 % betragen. Während sich die Aufwärtsrisiken der letzten mittelfristigen Arbeitsmarktprognose manifestiert haben, dominieren diesmal die Abwärtsrisiken. Eine Eskalation des Kriegs gegen die Ukraine bzw. dessen Folgen, etwa ein Stopp der Gaslieferungen aus Russland, würde wohl auch die Lage am Arbeitsmarkt deutlich verschlechtern.

Aus Sicht des Instituts haben die arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen zur Bewältigung der Folgen der Coronakrise am Arbeitsmarkt entscheidend beigetragen. So hat die Corona-Kurzarbeit einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung von Beschäftigungsnachfrage und Einkommensentwicklung geleistet. Durch die Maßnahmen zur Erhöhung der Qualifikation der Arbeitslosen und zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit konnte das Auftreten von Hysterese-Effekte verhindert werden. Aktuell bringen der Krieg gegen die Ukraine und seine Folgen zusätzliche Herausforderungen für die Arbeitsmarktpolitik. Anstrengungen zur raschen Integration von ukrainischen Flüchtlingen am Arbeitsmarkt sind sinnvoll. Für die von Sanktionen bzw. von Lieferengpässen betroffenen Betriebe sollte das Instrument der Kurzarbeit

weiterhin zur Verfügung stehen. Zu beachten ist, dass die Kurzarbeit nur für Betriebe mit temporären Problemen geeignet ist.

Für eine Rückführung der strukturellen Arbeitslosigkeit braucht es eine Fortsetzung und allenfalls Intensivierung der Qualifizierungsoffensive sowie der Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Der qualifikatorische Mis-Match, also das Auseinanderklaffen der von der Wirtschaft nachgefragten und von den Arbeitslosen angebotenen Kompetenzen, tritt gegenwärtig wieder verstärkt auf. Mittelfristig ist zu befürchten, dass die Alterung der Gesellschaft den Fachkräftemangel verstärken wird. Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik sollten die Reallokation von Arbeitskräften fördern (etwa Umschulungen zu Fachkräften im Bereich der erneuerbaren Energie). Durch zusätzliche Maßnahmen zur Förderung der Mobilität könnte der regionale Mis-Match bekämpft werden.

Eine degressivere Ausgestaltung der Arbeitslosenunterstützung könnte die Arbeitsanreize etwas erhöhen, würde aber vermutlich nur wenig dazu beitragen, die Langzeitarbeitslosigkeit zu senken. Zur Vermeidung von Fehlanreizen hinsichtlich kurzer Beschäftigungsunterbrechungen wären erfahrungsbasierte und risikoabhängige Arbeitgeberbeiträge anzudenken. Wie immer wieder vom Institut angemerkt, sollte die Präventionskomponente bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik gestärkt werden. Reformen in der Bildungspolitik sind in diesem Zusammenhang unbedingt erforderlich. Vor dem Hintergrund der PISA-Resultate erscheinen weitere Maßnahmen zur Förderung der Grundkompetenzen notwendig. Hilfreich wäre auch ein weiterer Ausbau der Frühkindförderung.

Die Bewältigung der Herausforderungen, die vom demografischen Wandel ausgehen, erfordert ein Maßnahmenbündel. So sollten etwa Präventionsmaßnahmen im Gesundheitsbereich den längeren Verbleib im Erwerbsleben fördern. Durch verstärkte Integrationsmaßnahmen könnte die Beschäftigungsfähigkeit von Personen mit Migrationshintergrund erhöht werden. Eine qualifikationsorientierte Zuwanderungspolitik sollte zur Milderung eines partiellen Fachkräftemangels beitragen. Zusätzliche Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie könnten die Erwerbsintegration von Frauen, etwa in Hinblick auf die Arbeitszeit, stärken.

## 6 Monetäre Prognose

Nach einer lang andauernden Niedrigzinsphase haben Notenbanken weltweit aufgrund der hohen Inflation mit einer Erhöhung ihrer Leitzinsen begonnen (Tabelle 4). Häufig bewegt sich dabei die Geldpolitik im Spannungsfeld zwischen Inflations- und Konjunkturstabilisierung. Im Euroraum beträgt der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte weiterhin 0 %, die erste Zinserhöhung wurde für Ende Juli in Aussicht gestellt. Die EZB reagiert damit später als andere Notenbanken. In den USA etwa hat der Zinserhöhungszyklus bereits im März des laufenden Jahres begonnen und die Bandbreite für den Zielsatz für Taggeld liegt dort gegenwärtig bei 1,5 % bis 1,75 %. Im ersten Halbjahr 2022 betrug die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, durchschnittlich 7,1 % und lag damit klar über dem Inflationsziel der EZB von 2 %. In den kommenden Monaten sollte die Inflation noch etwas anziehen, dann aber allmählich zurückgehen und im Durchschnitt des Prognosezeitraums 3,7 % betragen. Damit liegt die Inflation weiterhin deutlich über dem Ziel der EZB und es wird eine weitere Straffung der Geldpolitik, insbesondere in Form von Leitzinserhöhungen, erwartet.

**Tabelle 4: Leitzinsen**

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2017	0	1,25–1,5	0,50	–0,75	–0,1
Ende 2018	0	2,25–2,5	0,75	–0,75	–0,1
Ende 2019	0	1,5–1,75	0,75	–0,75	–0,1
Ende 2020	0	0–0,25	0,10	–0,75	–0,1
Ende 2021	0	0–0,25	0,25	–0,75	–0,1
Durchschnitt 2017–2021	0	1,08	0,11	–0,75	–0,1
15.7.2022	0	1,5–1,75	1,25	–0,25	–0,1

Zur Ermittlung der durchschnittlichen Leitzinssätze werden für den US-Dollar die mittleren Zinssätze bzw. ein Wert von 0,1 % für den Zielsatz „nahe bei Null“ (0–0,25 %) verwendet, für den Schweizer Franken die angestrebten (mittleren) Zielsätze, als die Schweizerische Nationalbank (SNB) die Leitzinsen noch durch ein Zielband um den Dreimonats-Libor angab (bis Juni 2019). Seit Juni 2019 ersetzt der SNB-Leitzins das zuvor gültige Zielband.

Quellen: Nationale Zentralbanken, Refinitiv Datastream, eigene Berechnungen

Im Euroraum liegen der Hauptrefinanzierungssatz seit März 2016 bei null und der Spitzenrefinanzierungssatz bei 0,25 %; der Einlagesatz befindet sich seit Mitte 2014 im negativen Bereich und seit Herbst 2019 beträgt er –0,5 %. Banken müssen also dafür bezahlen, wenn sie Geld (über die Mindestreserve hinaus) bei der EZB anlegen. Es wurde allerdings auch ein zweistufiges System zur Verzinsung der Reserveguthaben eingeführt, bei dem ein Teil der Guthaben vom negativen Einlagesatz befreit ist. Für Ende Juli und

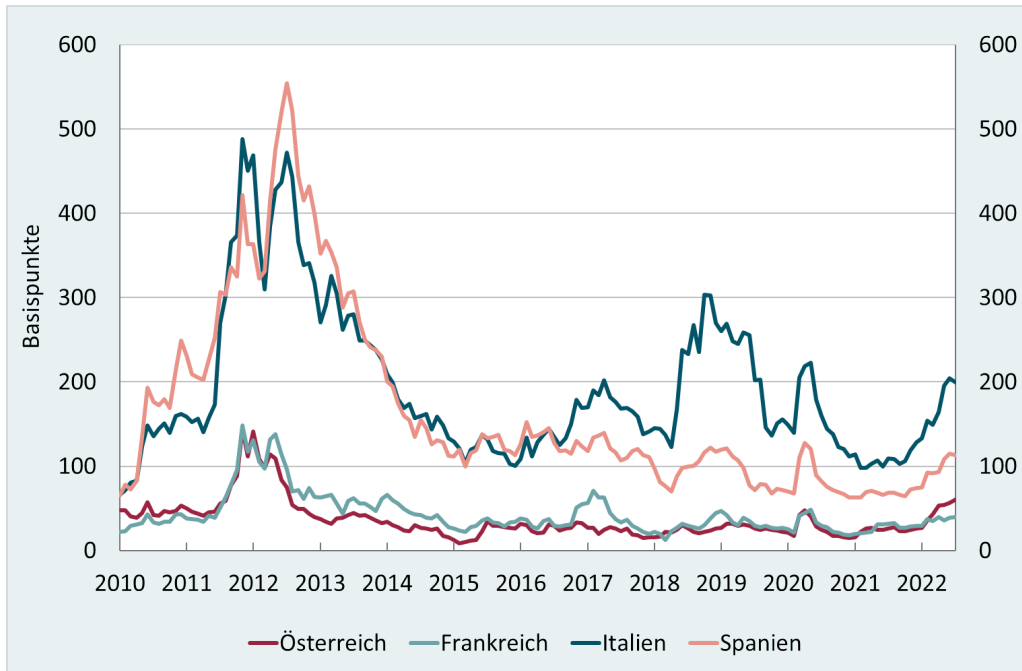
September des laufenden Jahres wurden vom EZB-Rat Zinserhöhungen angekündigt, sollte die laufende und prognostizierte Inflation nicht zurückgehen, und dann weitere Zinsschritte in Abhängigkeit von den aktuellen Daten. So sollten noch in diesem Jahr alle Leitzinssätze wieder im positiven Bereich liegen. Die Nettoankäufe im Pandemie-Notfallankaufprogramm (PEPP) und im herkömmlichen Ankaufprogramm (APP) wurden beendet. Im PEPP wird allerdings die Wiederanlage der Tilgungsbeträge aus den erworbenen Wertpapieren noch bis mindestens Ende 2024 weiterlaufen, im APP werden die Reinvestitionen wohl bald zurückgefahren werden. Da die Reinvestitionen im PEPP flexibel über die Länder, die Anlageklassen und den Zeitverlauf angepasst werden können, ist es möglich, diese als Instrument zur Gegensteuerung möglicher Marktfragmentierungen, d. h. übertrieben hoher Renditesteigerungen bei bestimmten Staatsanleihen, einzusetzen. Darüber hinaus zieht die EZB die Entwicklung neuer Instrumente in Betracht. Auch die günstigen Sonderkonditionen bei längerfristigen Refinanzierungsgeschäften sind im Juni ausgelaufen, was die Refinanzierung der teilnehmenden Geschäftsbanken verteuert hat.

Die eingeleitete Straffung der Geldpolitik und die Erwartung steigender Leitzinsen zeigen Auswirkungen am Geldmarkt. Zuletzt notierte der 3-Monats-Euribor bei  $-0,2\%$  und damit um etwa 30 Basispunkte höher als im Durchschnitt des Jahres 2021. Die niedrigen Zinssätze der vergangenen Jahre spiegeln die lockere Geldpolitik der EZB in diesem Zeitraum wider. Der Satz mit einer Fristigkeit von drei Monaten notierte seit April 2015 im negativen Bereich. Im ersten Halbjahr 2022, sowie auch im Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2021, betrug der 3-Monats-Euribor  $-0,4\%$ . Vor dem Hintergrund der außergewöhnlich stark gestiegenen Inflation und der damit einhergehenden Straffung der Geldpolitik im Euroraum werden deutlich steigende Geldmarktzinsen erwartet (Tabelle 5). Für den Prognosezeitraum wird ein durchschnittlicher 3-Monats-Euribor von  $1,9\%$  prognostiziert.

Auch an den Rentenmärkten sind die Auswirkungen der gestiegenen Inflation, der hohen Unsicherheit insbesondere in Folge des Kriegs gegen die Ukraine und der strafferen Geldpolitik der EZB zu spüren. Die Renditen in vielen Euroraum-Ländern sind in den vergangenen Monaten gestiegen. Österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren wiesen in den vergangenen fünf Jahren und im Jahr 2021 eine durchschnittliche Rendite von  $0,2\%$  bzw.  $-0,1\%$  auf, in der ersten Jahreshälfte 2022 rentierten sie bei  $1,1\%$ . Im Durchschnitt notierten Staatsanleihen des Euroraums mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren im ersten Halbjahr 2022 bei  $1,4\%$ , und damit um rund 120 Basispunkte höher als noch im Jahr 2021. Vor dem Hintergrund der weiterhin hohen Inflation und der erwarteten Straffung der Geldpolitik im Euroraum geht das Institut von einem Anstieg der langfristigen Renditen aus (Tabelle 5). Für österreichische

Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren wird für den Prognosezeitraum eine durchschnittliche Rendite von 2,7 % prognostiziert.

**Abbildung 11: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen gegenüber Deutschland**



Quellen: Refinitiv Datastream, eigene Berechnungen

Deutsche Bundesanleihen gelten als die sichersten Papiere im Euroraum, was den Druck auf die Renditen dieser Papiere hoch hält und gleichzeitig bedeutet, dass die Staatsanleihen aller anderen Euroraum-Länder höhere Renditen aufweisen. Die Spreads (Renditeabstände) sind seit Ende 2021 in Erwartung kräftigerer Preissteigerungen und damit einhergehender höherer staatlicher Finanzierungskosten gestiegen (Abbildung 11). Der Krieg gegen die Ukraine hat die Spreads besonders betroffener Staaten zusätzlich ausgeweitet. Gegenwärtig sind die Renditeabstände zwar größer als im langjährigen Durchschnitt, aber deutlich unter den Niveaus, die nach dem Ausbruch der europäischen Staatsschuldenkrise in den Jahren 2011 und 2012 erreicht wurden.

**Tabelle 5: Zinsen und Renditen**

*Durchschnittliche Jahreswerte in Prozent*

	3-Monats-Euribor	10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen
2022	0,2	1,8
2023	2,2	2,9
2024	2,3	2,9
2025	2,3	3,0
2026	2,3	3,0

Quelle: Prognose des IHS

## 7 Ökonomische Auswirkungen eines Gaslieferstopps

Die grundsätzlich positiven Aussichten der mittelfristigen Prognose unterliegen hohen Abwärtsrisiken. Besonders schwer wiegt dabei die Gefahr eines Lieferstopps von russischem Erdgas, der nach den Liefereinschränkungen der letzten Wochen nicht unwahrscheinlich ist. In diesem Abschnitt werden die Auswirkungen eines Lieferstopps auf die österreichische Wirtschaft quantifiziert. Alle vorgestellten Zahlen sollten als Differenz zu den in den vorigen Abschnitten vorgelegten Prognosen verstanden werden. Der betrachtete Zeitraum ist die Periode von Herbst 2022 bis zum Sommer 2023. Die Simulationen wurden mit dem am IHS entwickelten Modell ATMOD<sup>2</sup> durchgeführt, wobei die österreichischen Input-Output-Tabellen durch Schätzungen der Erdgasflüsse erweitert wurden.

Der Inlandsverbrauch von Erdgas in Österreich belief sich im Jahr 2019 auf etwa 90 Terawattstunden.<sup>3</sup> Davon entfielen 18 % auf die Haushalte, 30 % auf die Energieversorgung, weitere 30 % auf die thermische Energie in sieben besonders erdgasintensiven Wirtschaftsbereichen (Metallerzeugung und -bearbeitung, Papierverarbeitung, Chemie, Herstellung von Glaswaren etc., Kokerei und Mineralölverarbeitung, Bergbau und Wasserversorgung), 17 % auf die thermische Energie in den anderen Wirtschaftsbereichen und 5 % auf die nicht-thermische Verwendung von Gas.

Es ist im Moment noch nicht genau abzusehen, wie hoch der erzwungene Rückgang des Gasverbrauchs sein würde, der sich aus einem (teilweisen) russischen Gaslieferstopp ergeben würde. Dies hängt unter anderem davon ab, wann und in welchem Umfang der Lieferstopp eintritt, wann welche alternativen Gasquellen zur Verfügung stehen und wie die vorhandenen Speichermengen national und international verteilt werden. Das Institut übernimmt deshalb die Schätzung des Bruegel-Instituts, wonach Österreich bis zum Sommer 2023 den Gasverbrauch um 27 % reduzieren müsste.<sup>4</sup> Wenn es etwa gelingt, im Haushaltsbereich eine Einsparung von 20 % zu erreichen und bei der Energieerzeugung ein Drittel des Gasverbrauchs durch Umstellung auf andere Energieträger wie Erdöl zu ersetzen, so resultiert daraus eine Reduktion von 14 % des

<sup>2</sup> ATMOD ist ein state-of-the-art branchenfeines neukyenesianisches dynamisches stochastisches allgemeines Gleichgewichtsmodell (DSGE-Modell), siehe Molnarova, Z., Reiter, M. (2022), IHS Macroeconomic Model ATMOD 0.6. Technical Appendix, IHS-Projektbericht.

<sup>3</sup> OeNB (2022), Effekte eines russischen Gaslieferstopps auf die österreichische Wirtschaft: Simulationsergebnisse mit einem Input-Output-Modell, April 2022, <https://www.oenb.at/Publikationen/ukraine.html>

<sup>4</sup> McWilliams, B., Zachmann, G. (2022), European Union demand reduction needs to cope with Russian gas cuts, Bruegel Blog, 7. Juli 2022

Gesamtverbrauchs. Die weitere Reduktion von 13 % des Gesamtverbrauchs müsste dann von den anderen Wirtschaftsbereichen getragen werden.

Es wird allgemein davon ausgegangen, dass es besonders für die gasintensiven Wirtschaftsbereiche sehr schwierig ist, Gas durch andere Energieträger zu ersetzen oder Einsparungen vorzunehmen, ohne die Produktion zu drosseln. Diese Bereiche zusammen erzeugen direkt zwar nur etwa 4 % der heimischen Wertschöpfung, ihre Produkte sind aber häufig notwendige Vorprodukte für viele andere Wirtschaftsbereiche. Für eine Abschätzung der Auswirkungen eines Gaslieferstopps sind deshalb die Input-Output-Beziehungen zwischen den Wirtschaftsbereichen wesentlich. Trotzdem kann man davon ausgehen, dass auch in diesem Bereich Substitutionsmöglichkeiten vorhanden sind. Zumindest wird bei einer Reduktion des Gasverbrauchs zuerst in denjenigen Betrieben die Produktion reduziert, die bei den gegebenen Preisen am wenigsten profitabel sind, zum Beispiel weil ihre Produkte durch Importe ersetzt werden können. Diese Situation wird modelliert, indem für diese kritischen Sektoren eine sehr geringe Substitutionselastizität zwischen Gas und anderen Vorprodukten, nämlich 0,04, angenommen wird.<sup>5</sup> Weiterhin wird unterstellt, dass die Produkte dieser Unternehmen, wenn sie als Vorprodukte in anderen Branchen eingesetzt werden, auch nur sehr schwer substituiert werden können, wieder mit einer Substitutionselastizität von 0,04. Es ist zwar leichter, sie durch ähnliche ausländische Produkte zu ersetzen, allerdings ist davon auszugehen, dass auch ausländische Produkte teurer werden, wenn auch nicht im selben Ausmaß wie die heimischen.

Eine Kernannahme für die Simulationen ist, dass die Gasreduktion über einen Preismechanismus effizient auf die Wirtschaftsbereiche verteilt wird. Es kann sich ein Gleichgewichtspreis ergeben, der noch einmal deutlich höher sein kann als der gegenwärtige Preis auf dem europäischen Spotmarkt und durchaus bei 300 Euro/MWh liegen kann. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass das der Preis ist, der für die marginale Einheit Gas bezahlt wird, und der selbst wieder die Grenzkosten der Unternehmen und damit deren Preissetzungsverhalten beeinflusst. Der Durchschnittspreis kann durchaus niedriger sein, vor allem wenn durch staatliche Eingriffe den privaten Haushalten oder bestimmten Wirtschaftsbereichen (etwa der Energieerzeugung oder der Nahrungsmittelindustrie) eine gewisse Menge an Gas zugewiesen wird. Die staatliche Zuteilung des knappen Guts Erdgas bewirkt auf jeden Fall starke Verteilungseffekte

---

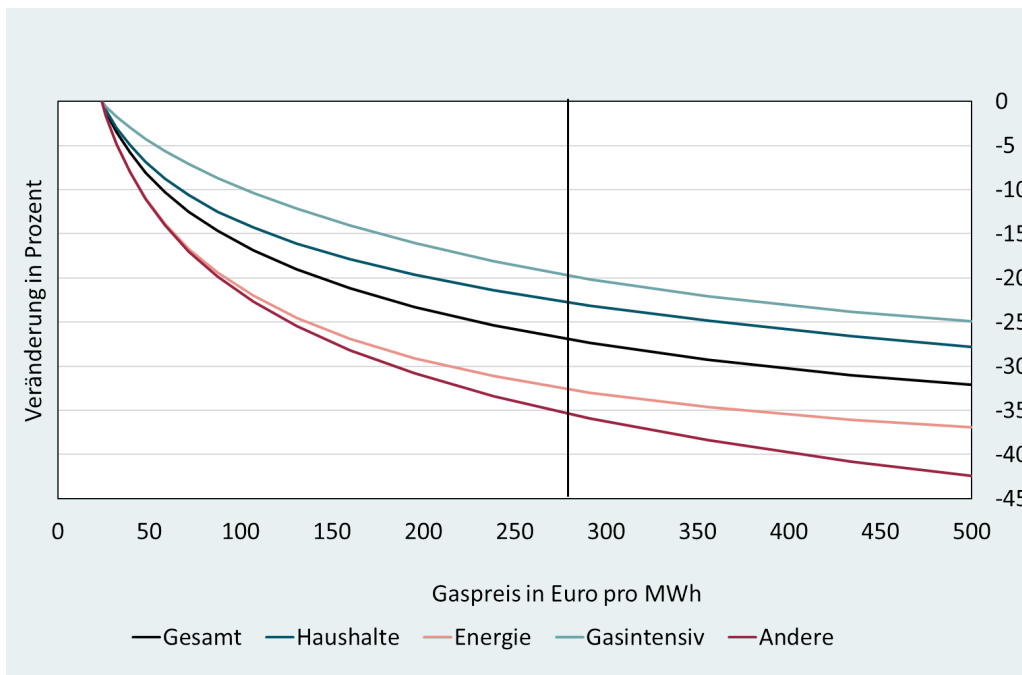
<sup>5</sup> Die Substitutionselastizität ist ein Maß dafür, wie leicht es ist, einen Produktionsfaktor durch andere zu substituieren. Eine Substitutionselastizität von 0,04 bedeutet konkret, dass bei einer Erhöhung des Gaspreises um 10 % die Unternehmen den Einsatz von Gas im Verhältnis zum Einsatz anderer Vorprodukte nur um 0,4 % reduzieren. Zu beachten ist, dass diese Substitution nicht notwendig innerhalb eines gegebenen Produktionsprozesses erfolgen muss, sondern auch durch Verschiebung der Faktoren zwischen verschiedenen Prozessen erfolgen kann. Wenn in einer Branche nach einer Erhöhung des Gaspreises zuerst die besonders gasintensiven Anlagen stillgelegt werden, so sinkt in dieser Branche der Gaseinsatz im Vergleich zu anderen Produktionsfaktoren oder Vorprodukten.



zwischen den Wirtschaftsakteuren. Eine effiziente Allokation von Gas kann aber trotzdem erreicht werden, wenn nach der staatlichen Zuteilung ein liquider Gasmarkt geschaffen wird, auf dem Unternehmen mit dringendem Gasbedarf bei einem entsprechend hohen Preis Gas von anderen Marktteilnehmern kaufen können.

Abbildung 12 zeigt, wie sich laut der Modellschätzung der Gasverbrauch, getrennt nach Haushalten, Energieversorgung, gasintensiven und anderen Wirtschaftsbereichen, bei unterschiedlichen Gaspreisen verändert.

**Abbildung 12: Veränderung des Gasverbrauchs in Abhängigkeit vom Gaspreis**



Die Abbildung zeigt die prozentuelle Abweichung des Gasverbrauchs nach Nachfragegruppen im Vergleich zum langfristigen Durchschnitt vor der Coronakrise. Die vertikale Linie zeigt das Preisniveau, bei dem der Gasverbrauch um 27 % zurückgeht (281 EUR/MWh).

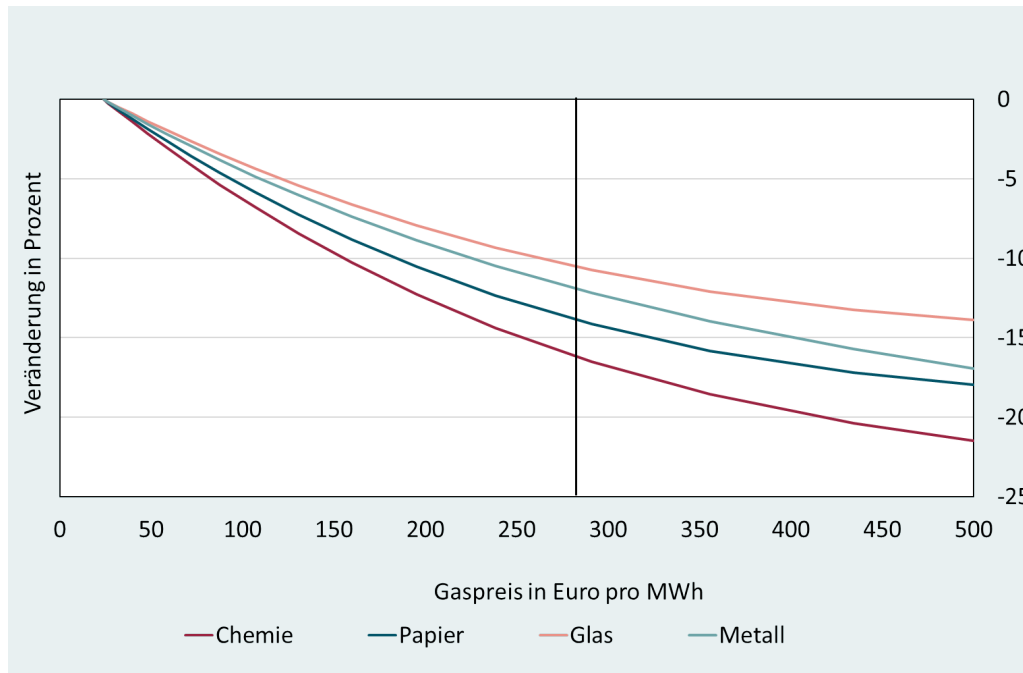
Quelle: Eigene Berechnungen

Die erforderliche Einsparung von 27 % ergibt sich bei einem Gaspreis von etwas weniger als 300 Euro/MWh, was das etwa 12-fache des Gaspreises in der Zeit vor der Coronakrise bedeutet und noch immer deutlich über dem augenblicklichen Preis von 170 Euro/MWh liegt. Die Modellsimulation ergibt eine relativ niedrige Verbrauchsreduktion bei den privaten Haushalten, was im Modell an einer geringen Substitutionselastizität liegt und in der Realität wahrscheinlich durch eine politische Preisdeckelung für Haushalte erfolgen würde. Für den Energiesektor, wo Gas hauptsächlich zur Stromerzeugung verwendet wird, ergibt sich eine Reduktion um etwa ein Drittel, was in etwa den Schätzungen<sup>6</sup> entspricht, in welchem Umfang Gas kurzfristig durch Öl substituiert

<sup>6</sup> Vgl. etwa CSH (2022), Austria without Russian natural gas?, CSH Policy Brief, Mai 2022.

werden kann. Die geringste Einsparung erfolgt bei den gasintensiven Wirtschaftsbereichen. Der Verbrauchsrückgang von fast 20 % ist dabei mit einem Produktionsrückgang in diesen Wirtschaftsbereichen um etwa 12 % verbunden (Abbildung 13).

**Abbildung 13: Veränderung des Bruttoproduktionswerts in ausgewählten energieintensiven Bereichen in Abhängigkeit vom Gaspreis**



Die Abbildung zeigt die prozentuelle Abweichung des Bruttoproduktionswerts in ausgewählten Wirtschaftsbereichen im Vergleich zum langfristigen Durchschnitt vor der Coronakrise. Die vertikale Linie zeigt das Preisniveau, bei dem der Gasverbrauch um 27 % zurückgeht (281 EUR/MWh).

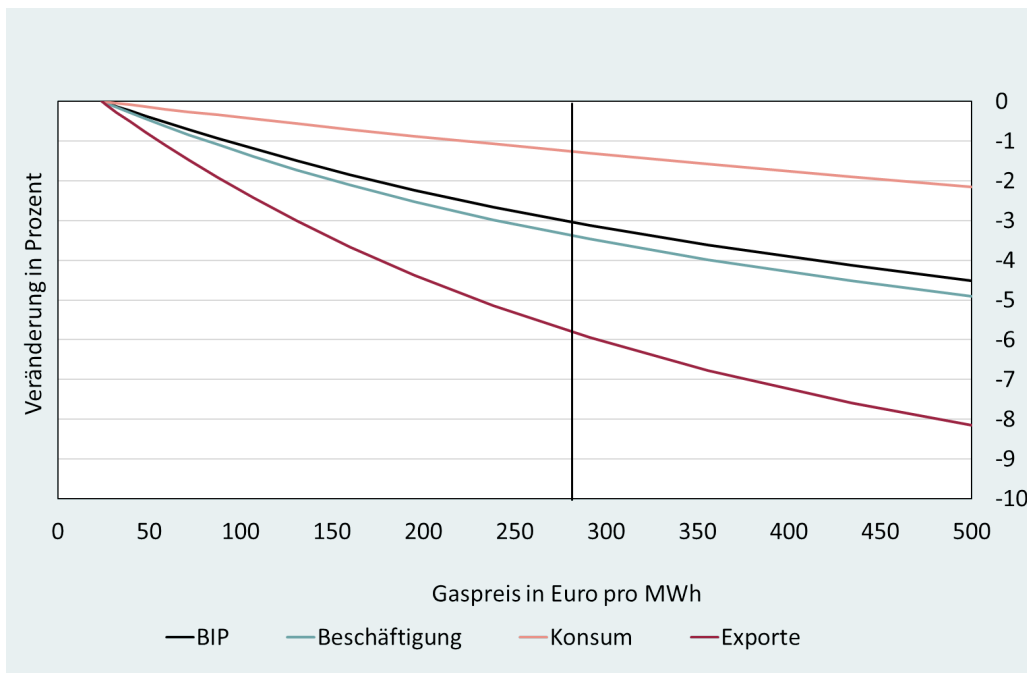
Quelle: Eigene Berechnungen

Abbildung 14 zeigt, wie sich die wichtigsten makroökonomischen Größen in Abhängigkeit vom Gleichgewichtspreis von Erdgas entwickeln. Die Modellsimulation ergibt einen Rückgang des realen BIP und der geleisteten Arbeitsstunden um etwa 3 %.<sup>7</sup> Der relativ geringe Rückgang des privaten Konsums ist eher eine Annahme als ein Ergebnis der Modellsimulation und hängt stark davon ab, in welchem Umfang Haushalte zum Vorsichtssparen neigen und inwieweit die Fiskalpolitik die Kaufkraft der Haushalte angesichts der hohen Inflation stützen wird. Die unterstellte Erhöhung des Gaspreises hätte auch einen starken Einfluss auf die Verbraucherpreise, mit einer Erhöhung der

<sup>7</sup> Für alternative Schätzungen siehe z. B. Bachmann, R. et al., (2022), What if? The economic effects for Germany of a stop of energy imports from Russia, Technical report, ECONtribute Markets & Public Policy; OeNB (2022), Effekte eines russischen Gaslieferstopps auf die österreichische Wirtschaft: Simulationsergebnisse mit einem Input-Output-Modell, April 2022, <https://www.oenb.at/Publikationen/ukraine.html>; CSH (2022), Austria without Russian natural gas?, CSH Policy Brief, Mai 2022.

Inflationsrate um etwa 14 Prozentpunkte. Dies setzt allerdings voraus, dass die Erhöhung des Marktpreises von Erdgas vollumfänglich an die privaten Haushalte weitergegeben wird.

**Abbildung 14: Veränderung wichtiger realer makroökonomischer Aggregate in Abhängigkeit vom Gaspreis**



Die Abbildung zeigt die prozentuelle Abweichung wichtiger makroökonomischer Aggregate im Vergleich zum langfristigen Durchschnitt vor der Coronakrise. Die vertikale Linie zeigt das Preisniveau, bei dem der Gasverbrauch um 27 % zurückgeht (281 EUR/MWh).

Quelle: Eigene Berechnungen

Wie robust sind diese Resultate, und wie stark hängen sie von Modellparametern ab, deren Werte nicht genau bekannt sind? Tabelle 6 präsentiert die Hauptergebnisse für eine Reihe alternativer Szenarien. Wie oben bereits erwähnt wurde, ist der Grad der Schwierigkeit, mit der Gas in der Produktion substituiert werden kann, eine Schlüsselgröße für die Berechnung der ökonomischen Auswirkungen. Ist diese Substitutionsmöglichkeit in der Industrie noch geringer als im Basisszenario,<sup>8</sup> wird eine Gasreduktion von 27 % erst bei einem deutlich höheren Gaspreis erzielt, und die BIP-Reduktion beträgt etwa 4 % statt 3 %. Ähnlich sieht das Ergebnis aus, wenn die Möglichkeit, Gas in der Stromerzeugung zu ersetzen, um etwa die Hälfte reduziert wird. Umgekehrt würde sich bei leichterer Substitutionsmöglichkeit<sup>9</sup> ein geringerer BIP-Rückgang von etwa 2 % einstellen. In allen Szenarien wird unterstellt, dass die erhöhten

<sup>8</sup> Konkret wird eine Substitutionselastizität von 0,01 in den gasintensiven Betrieben angenommen.

<sup>9</sup> Hier wird eine Substitutionselastizität von 0,1 in den gasintensiven Betrieben angenommen.

Energiepreise sofort und in vollem Umfang an Unternehmen und Haushalte weitergegeben werden, was zu einer drastischen Erhöhung der Verbraucherpreisinflation führt. Nimmt man dagegen an, dass die Unternehmen die Erhöhung ihrer Grenzkosten nur unvollständig an ihre Kunden weitergeben, ergibt sich trotz höherer Gaspreise eine geringere Inflationsrate, und auch der BIP-Rückgang wird dabei gemildert. Dies erklärt sich daraus, dass Unternehmen mit einer gewissen Marktmacht ihre Verkaufspreise höher ansetzen als ihre Grenzkosten, was zu einer Abweichung von der gesellschaftlich optimalen Produktionsmenge führt. Dieser Effekt wird temporär abgemildert, wenn Preiserhöhungen nur unvollständig weitergegeben werden, was realistisch erscheint, wenn wegen hoher Gaspreise auf dem Spotmarkt die Grenzkosten der Unternehmen sehr viel höher sind als die Durchschnittskosten.

**Tabelle 6: Makroökonomische Auswirkungen eines Gaslieferstopps in alternativen Szenarien**

	BIP (Veränderung in %)	Arbeits- stunden (Veränderung in %)	Gaspreis (in EUR/MWh)	Inflation (Veränderung in Prozent- punkten)
Basisszenario	-3,0	-3,4	281	14,2
Geringe Substitutionsmöglichkeit in den gasintensiven Bereichen	-4,0	-4,6	416	19,4
Geringe Substitutionsmöglichkeit im Energiesektor	-4,2	-4,7	454	20,3
Hohe Substitutionsmöglichkeit in den gasintensiven Bereichen	-2,3	-2,6	206	10,9
Verzögerte Preisanpassung	-2,1	-2,0	443	9,3

Die Tabelle zeigt die Ergebnisse für alternative Szenarien im Vergleich zum langfristigen Durchschnitt vor der Coronakrise bei einer Reduktion des Gasverbrauchs um 27 %.

Quelle: Eigene Berechnungen

Diese Analyse bietet mehrere Einblicke für die Wirtschaftspolitik. Kernannahme der Berechnungen ist ein liquider Markt für Erdgas, auf dem Unternehmen bzw. Wirtschaftsbereiche, die das Gas besonders dringend benötigen, zusätzliche Mengen von Unternehmen, denen die Einsparung leichter fällt, beschaffen können. Der Preismechanismus bewirkt, dass die betroffenen Wirtschaftsbereiche die erhöhten Kosten an ihre Abnehmer weitergeben, sodass auch in nachgelagerten Produktionsprozessen entsprechend der Knappheitslage substituiert werden kann. Es wird in vielen Fällen auch entschieden werden, bestimmte Güter zu importieren, wenn diese im Ausland billiger produziert werden können. Die Wirtschaftspolitik sollte diesen Preismechanismus nicht durch künstliche Preisdeckelungen ausschalten. Preisdeckelung darf es allenfalls für private Haushalte geben, und auch dort sollte der Deckel nicht zu

niedrig sein, um noch genügend Anreize zu Einsparungen zu geben.<sup>10</sup> Zusätzlich sollte es auch nicht-monetäre Anreize zum Energiesparen geben, etwa in Form von Sparappellen, Informationskampagnen und anderen verhaltensökonomischen Maßnahmen. Bedürftigen Haushalten sollte über Unterstützungszahlungen geholfen werden, wie es mit den bereits beschlossenen Maßnahmen zur Abfederung der Inflation bereits geschieht, nicht jedoch über eine übertriebene Preisdeckelung.

Für die Analysen wird weiter unterstellt, dass der Energiesektor den Gasverbrauch um ein Drittel reduzieren kann. Dazu ist es notwendig, die Stromerzeugung so weit wie möglich von Gas auf andere Energieträger umzustellen, trotz der damit verbundenen kurzfristigen Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Wenn dies nicht gelingt, muss die Industrie einen deutlich höheren Anteil des Verbrauchsrückgangs tragen, was zu deutlich höheren Einbrüchen beim BIP führen würde.

Bei der unterstellten drastischen Erhöhung der Gaspreise auf dem europäischen Markt stellt sich die Frage, welche Akteure von dieser Erhöhung profitieren würden, und ob die Wirtschaftspolitik Teile dieser Gewinne abschöpfen soll. Grundsätzlich sind solche Markteingriffe immer schwierig und auch rechtlich problematisch. Es erscheint jedenfalls zweckmäßig, dass der Staat Gas auf eigene Rechnung im Voraus einkauft, sodass bei einer weiteren Erhöhung der europäischen Gaspreise fiskalische Gewinne generiert werden. Diese können dann genutzt werden, um die aufgrund der Energiepreisexplosion notleidenden Haushalte und Unternehmen zu unterstützen. Eine unerwartete Senkung der europäischen Gaspreise würde zwar fiskalische Verluste mit sich bringen, die aber durch die erhöhten Steuereinnahmen aufgrund der positiveren Wirtschaftsentwicklung wohl leicht ausgeglichen würden. Diese Gewinne fallen noch deutlich höher aus, wenn es gelingt, ein Gaseinkaufskartell der EU-Staaten zu etablieren.

---

<sup>10</sup> Im Modell ist die Gaseinsparung der Haushalte trotz sehr hoher Gaspreise relativ gering, weil Gas schwer zu ersetzen ist. Es erscheint realistischer anzunehmen, dass die Einsparmöglichkeiten größer sind, die Haushalte aber durch irgendeine Form von Preisdeckelung teilweise vor der Preiserhöhung geschützt werden, was letztlich zur selben Einsparung führen sollte.



## 8 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	373,519 1,5%	348,364 -6,7%	365,013 4,8%	378,843 3,8%	384,014 1,4%	389,093 1,3%	393,380 1,1%	398,150 1,2%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	397,519 3,1%	379,321 -4,6%	402,711 6,2%	437,904 8,7%	462,877 5,7%	480,858 3,9%	498,214 3,6%	514,635 3,3%
DEFLATOR DES BIP (2010=100)	106,425 1,6%	108,886 2,3%	110,328 1,3%	115,590 4,8%	120,536 4,3%	123,585 2,5%	126,650 2,5%	129,257 2,1%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2020=100)	98,614 1,5%	100,000 1,4%	102,800 2,8%	110,407 7,4%	115,596 4,7%	119,180 3,1%	122,398 2,7%	125,213 2,3%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	51,859 2,6%	52,751 1,7%	54,296 2,9%	56,414 3,9%	59,658 5,8%	62,044 4,0%	64,215 3,5%	66,302 3,3%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3838,928 2,8%	3869,640 0,8%	3896,727 0,7%	3920,108 0,6%	3943,628 0,6%
ARBEITSLOSENQUOTE NATIONALE DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,020 -1,907	6,323 -1,696	6,330 0,006	6,259 -0,070	6,232 -0,027	6,093 -0,139



TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
PRIVATER KONSUM	191,064 0,7%	174,883 -8,5%	180,977 3,5%	188,956 4,4%	192,283 1,8%	195,208 1,5%	197,597 1,2%	200,109 1,3%
ÖFFENTLICHER KONSUM	71,738 1,5%	71,409 -0,5%	77,263 8,2%	78,036 1,0%	78,036 0,0%	77,646 -0,5%	77,646 0,0%	78,034 0,5%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	92,948 4,8%	88,120 -5,2%	91,869 4,3%	92,088 0,2%	93,242 1,3%	95,014 1,9%	96,675 1,7%	98,075 1,4%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	1,605 0,4	2,092 0,6	4,972 1,4	5,222 1,4	4,722 1,2	4,722 1,2	4,022 1,0	3,522 0,9
INLANDSNACHFRAGE	358,123 0,7%	337,181 -5,8%	357,196 5,9%	366,397 2,6%	370,399 1,1%	374,768 1,2%	378,149 0,9%	381,970 1,0%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	15,412 4,1	10,999 3,2	7,376 2,0	12,122 3,2	13,292 3,5	14,002 3,6	14,908 3,8	15,856 4,0
BIP ZU MARKTPREISEN	373,519 1,5%	348,364 -6,7%	365,013 4,8%	378,843 3,8%	384,014 1,4%	389,093 1,3%	393,380 1,1%	398,150 1,2%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
PRIVATER KONSUM	0,345	-4,366	1,747	2,204	0,905	0,787	0,637	0,665
ÖFFENTLICHER KONSUM	0,285	-0,089	1,738	0,218	0,000	-0,100	0,000	0,098
BRUTTOINVESTITIONEN	-0,045	-1,180	1,847	0,126	0,188	0,500	0,267	0,244
ANLAGEINVESTITIONEN	1,155	-1,297	1,074	0,061	0,315	0,474	0,441	0,367
LAGERVERÄNDERUNGEN	-1,201	0,135	0,900	0,097	-0,205	0,000	-0,261	-0,180
EXPORTE I.W.S.	1,894	-5,965	7,145	3,742	1,995	1,819	2,016	2,044
WAREN	1,064	-2,986	6,909	1,256	1,060	1,284	1,428	1,445
DIENSTLEISTUNGEN	0,830	-2,979	0,235	2,486	0,935	0,535	0,587	0,599
IMPORTE I.W.S.	-1,038	4,879	-8,131	-2,578	-1,776	-1,699	-1,869	-1,891
WAREN	0,004	2,395	-6,629	-1,474	-1,316	-1,321	-1,484	-1,501
DIENSTLEISTUNGEN	-1,041	2,485	-1,502	-1,100	-0,460	-0,379	-0,385	-0,389
BRUTTOINLANDSPRODUKT	1,491	-6,735	4,779	3,789	1,365	1,323	1,102	1,212

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
HAUSHALTSSPARQUOTE	8,5	14,4	11,8	8,2	7,1	7,4	7,4	7,4
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,8	5,9	-2,6	-3,6	-1,1	0,3	0,0	0,0
INVESTITIONSQUOTE	25,0	25,2	25,7	25,2	24,9	25,2	25,4	25,5
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,9	0,3	0,4	-0,5	-0,2	0,3	0,2	0,1
REALZINSSATZ	-1,56	-2,54	-1,33	-2,98	-1,41	0,37	0,42	0,84
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,44	-0,97	1,20	-1,65	1,57	1,78	0,05	0,42
HVPI - HARMONISIERTER VERBRAUCHERPREISINDEX	106,98 1,5%	108,47 1,4%	111,46 2,8%	119,60 7,3%	125,22 4,7%	129,10 3,1%	132,59 2,7%	135,63 2,3%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	48,377 0,8%	48,642 0,5%	48,966 0,7%	47,414 -3,2%	47,936 1,1%	48,401 1,0%	48,754 0,7%	49,231 1,0%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	10,041 -0,1%	9,560 -4,8%	9,774 2,2%	9,868 1,0%	9,924 0,6%	9,985 0,6%	10,035 0,5%	10,096 0,6%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	135,844 2,7%	145,126 6,8%	146,102 0,7%	150,354 2,9%	158,114 5,2%	163,428 3,4%	168,308 3,0%	172,726 2,6%
ARBEITSLOSENQUOTE EU DEF.-2021	4,8	6,1	6,2	4,6	4,5	4,5	4,4	4,4
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,4	1,3	0,1	-1,6	-0,1	0,0	-0,1	0,0
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% DES BIP)	0,6	-8,0	-5,9	-3,8	-1,9	-1,3	-0,9	-0,5
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,4	-8,7	2,1	2,2	1,9	0,6	0,4	0,4

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	196,244 2,3%	181,294 -7,6%	192,136 6,0%	215,439 12,1%	229,293 6,4%	239,715 4,5%	249,263 4,0%	258,057 3,5%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	8,698 5,7%	8,840 1,6%	9,133 3,3%	9,689 6,1%	10,180 5,1%	10,669 4,8%	11,154 4,5%	11,633 4,3%
ÖFFENTLICHER KONSUM	77,388 3,9%	80,414 3,9%	87,773 9,2%	90,424 3,0%	92,684 2,5%	95,448 3,0%	97,835 2,5%	100,290 2,5%
BRUTTOINVESTITIONEN	100,984 1,9%	98,249 -2,7%	111,106 13,1%	119,571 7,6%	123,934 3,6%	129,705 4,7%	133,656 3,0%	137,361 2,8%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	53,751 6,8%	50,848 -5,4%	53,929 6,1%	55,816 3,5%	57,787 3,5%	60,179 4,1%	62,303 3,5%	64,123 2,9%
BAUINVESTITIONEN	45,469 7,0%	44,920 -1,2%	49,413 10,0%	54,378 10,0%	57,668 6,1%	61,047 5,9%	64,131 5,1%	66,914 4,3%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,664 0,537	-0,367 -1,030	0,776 1,142	0,739 -0,036	0,741 0,001	0,742 0,001	0,744 0,001	0,745 0,001
INLANDSNACHFRAGE	383,978 2,7%	368,430 -4,0%	400,924 8,8%	435,863 8,7%	456,832 4,8%	476,279 4,3%	492,652 3,4%	508,087 3,1%
EXPORTE I.W.S.	220,393 3,1%	195,104 -11,5%	228,101 16,9%	259,966 14,0%	279,935 7,7%	294,910 5,3%	309,838 5,1%	325,410 5,0%
IMPORTE I.W.S.	206,853 2,3%	184,213 -10,9%	226,313 22,9%	257,925 14,0%	273,890 6,2%	290,331 6,0%	304,276 4,8%	318,861 4,8%
BIP ZU MARKTPREISEN	397,519 3,1%	379,321 -4,6%	402,711 6,2%	437,904 8,7%	462,877 5,7%	480,858 3,9%	498,214 3,6%	514,635 3,3%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	183,066 0,6%	167,175 -8,7%	173,274 3,6%	181,072 4,5%	184,240 1,8%	187,004 1,5%	189,248 1,2%	191,614 1,3%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,998 2,6%	7,702 -3,7%	7,711 0,1%	7,904 2,5%	8,062 2,0%	8,223 2,0%	8,367 1,8%	8,514 1,8%
ÖFFENTLICHER KONSUM	71,738 1,5%	71,409 -0,5%	77,263 8,2%	78,036 1,0%	78,036 0,0%	77,646 -0,5%	77,646 0,0%	78,034 0,5%
BRUTTOINVESTITIONEN	94,727 -0,2%	90,326 -4,6%	96,768 7,1%	97,210 0,5%	97,880 0,7%	99,709 1,9%	100,698 1,0%	101,614 0,9%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	51,749 5,5%	48,389 -6,5%	50,824 5,0%	50,824 0,0%	51,587 1,5%	52,876 2,5%	53,934 2,0%	54,797 1,6%
BAUINVESTITIONEN	41,208 4,0%	39,700 -3,7%	41,039 3,4%	41,244 0,5%	41,656 1,0%	42,198 1,3%	42,831 1,5%	43,388 1,3%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,578 0,122	0,754 0,176	2,621 1,867	2,498 -0,122	2,503 0,005	2,508 0,005	2,513 0,005	2,518 0,005
INLANDSNACHFRAGE	358,123 0,7%	337,181 -5,8%	357,196 5,9%	366,397 2,6%	370,399 1,1%	374,768 1,2%	378,149 0,9%	381,970 1,0%
EXPORTE I.W.S.	214,690 3,4%	191,591 -10,8%	218,205 13,9%	232,622 6,6%	240,438 3,4%	247,671 3,0%	255,811 3,3%	264,218 3,3%
IMPORTE I.W.S.	199,278 2,0%	180,593 -9,4%	210,829 16,7%	220,499 4,6%	227,146 3,0%	233,670 2,9%	240,903 3,1%	248,362 3,1%
BIP ZU MARKTPREISEN	373,519 1,5%	348,364 -6,7%	365,013 4,8%	378,843 3,8%	384,014 1,4%	389,093 1,3%	393,380 1,1%	398,150 1,2%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	107,199 1,7%	108,446 1,2%	110,886 2,2%	118,980 7,3%	124,453 4,6%	128,187 3,0%	131,712 2,8%	134,676 2,3%
ÖFFENTLICHER KONSUM	107,876 2,4%	112,611 4,4%	113,602 0,9%	115,874 2,0%	118,771 2,5%	122,928 3,5%	126,001 2,5%	128,521 2,0%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	106,747 2,0%	108,680 1,8%	112,489 3,5%	119,662 6,4%	123,822 3,5%	127,587 3,0%	130,782 2,5%	133,608 2,2%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	103,868 1,2%	105,083 1,2%	106,108 1,0%	109,822 3,5%	112,018 2,0%	113,811 1,6%	115,518 1,5%	117,020 1,3%
BAUINVESTITIONEN	110,340 2,9%	113,148 2,5%	120,407 6,4%	131,846 9,5%	138,438 5,0%	144,667 4,5%	149,731 3,5%	154,223 3,0%
INLANDSNACHFRAGE	107,220 2,0%	109,268 1,9%	112,242 2,7%	118,959 6,0%	123,335 3,7%	127,086 3,0%	130,280 2,5%	133,017 2,1%
EXPORTE I.W.S.	102,656 -0,3%	101,833 -0,8%	104,535 2,7%	111,755 6,9%	116,427 4,2%	119,073 2,3%	121,120 1,7%	123,159 1,7%
IMPORTE I.W.S.	103,801 0,4%	102,005 -1,7%	107,345 5,2%	116,973 9,0%	120,579 3,1%	124,248 3,0%	126,306 1,7%	128,385 1,6%
BIP ZU MARKTPREISEN	106,425 1,6%	108,886 2,3%	110,328 1,3%	115,590 4,8%	120,536 4,3%	123,585 2,5%	126,650 2,5%	129,257 2,1%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
WARENEXPORTE	151,852 1,7%	138,328 -8,9%	168,606 21,9%	185,647 10,1%	198,090 6,7%	208,113 5,1%	218,206 4,8%	228,788 4,8%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	50,346 7,2%	46,396 -7,8%	51,951 12,0%	57,368 10,4%	61,748 7,6%	65,477 6,0%	69,124 5,6%	72,974 5,6%
REISEVERKEHR	18,194 4,2%	10,380 -43,0%	7,544 -27,3%	16,950 124,7%	20,096 18,6%	21,320 6,1%	22,508 5,6%	23,648 5,1%
EXPORTE I.W.S.	220,393 3,1%	195,104 -11,5%	228,101 16,9%	259,966 14,0%	279,935 7,7%	294,910 5,3%	309,838 5,1%	325,410 5,0%
WARENIMPORTE	147,973 -0,1%	135,229 -8,6%	169,645 25,5%	192,088 13,2%	203,786 6,1%	216,196 6,1%	226,681 4,8%	237,674 4,8%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	49,228 9,8%	45,474 -7,6%	50,328 10,7%	55,661 10,6%	59,310 6,6%	62,738 5,8%	65,592 4,6%	68,577 4,5%
REISEVERKEHR	9,652 4,6%	3,510 -63,6%	6,340 80,6%	10,176 60,5%	10,795 6,1%	11,396 5,6%	12,003 5,3%	12,610 5,1%
IMPORTE I.W.S.	206,853 2,3%	184,213 -10,9%	226,313 22,9%	257,925 14,0%	273,890 6,2%	290,331 6,0%	304,276 4,8%	318,861 4,8%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
WARENEXPORTE	149,957 2,7%	138,236 -7,8%	164,427 18,9%	169,359 3,0%	173,593 2,5%	178,801 3,0%	184,702 3,3%	190,797 3,3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	47,973 6,0%	44,297 -7,7%	48,109 8,6%	49,696 3,3%	51,187 3,0%	52,825 3,2%	54,674 3,5%	56,588 3,5%
REISEVERKEHR	16,746 2,3%	9,396 -43,9%	6,591 -29,9%	13,841 110,0%	15,779 14,0%	16,173 2,5%	16,578 2,5%	16,992 2,5%
EXPORTE I.W.S.	214,690 3,4%	191,591 -10,8%	218,205 13,9%	232,622 6,6%	240,438 3,4%	247,671 3,0%	255,811 3,3%	264,218 3,3%
WARENIMPORTE	142,759 0,0%	133,576 -6,4%	158,413 18,6%	163,958 3,5%	168,877 3,0%	173,943 3,0%	179,683 3,3%	185,613 3,3%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	47,326 8,5%	43,729 -7,6%	46,576 6,5%	47,740 2,5%	49,291 3,3%	50,524 2,5%	51,787 2,5%	53,082 2,5%
REISEVERKEHR	9,184 2,0%	3,346 -63,6%	5,956 78,0%	8,933 50,0%	9,112 2,0%	9,340 2,5%	9,573 2,5%	9,813 2,5%
IMPORTE I.W.S.	199,278 2,0%	180,593 -9,4%	210,829 16,7%	220,499 4,6%	227,146 3,0%	233,670 2,9%	240,903 3,1%	248,362 3,1%



TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
WARENEXPORTE	101,264 -1,0%	100,067 -1,2%	102,542 2,5%	109,617 6,9%	114,111 4,1%	116,394 2,0%	118,140 1,5%	119,912 1,5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	104,946 1,1%	104,738 -0,2%	107,987 3,1%	115,438 6,9%	120,633 4,5%	123,950 2,8%	126,429 2,0%	128,958 2,0%
REISEVERKEHR	108,652 1,9%	110,467 1,7%	114,453 3,6%	122,465 7,0%	127,364 4,0%	131,821 3,5%	135,776 3,0%	139,170 2,5%
EXPORTE I.W.S.	102,656 -0,3%	101,833 -0,8%	104,535 2,7%	111,755 6,9%	116,427 4,2%	119,073 2,3%	121,120 1,7%	123,159 1,7%
WARENIMPORTE	103,652 -0,1%	101,238 -2,3%	107,090 5,8%	117,157 9,4%	120,671 3,0%	124,292 3,0%	126,156 1,5%	128,048 1,5%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	104,019 1,2%	103,989 0,0%	108,057 3,9%	116,593 7,9%	120,324 3,2%	124,175 3,2%	126,658 2,0%	129,191 2,0%
REISEVERKEHR	105,095 2,5%	104,910 -0,2%	106,456 1,5%	113,908 7,0%	118,465 4,0%	122,019 3,0%	125,374 2,8%	128,508 2,5%
IMPORTE I.W.S.	103,801 0,4%	102,005 -1,7%	107,345 5,2%	116,973 9,0%	120,579 3,1%	124,248 3,0%	126,306 1,7%	128,385 1,6%
TERMS OF TRADE, GESAMT	98,897 -0,6%	99,832 0,9%	97,383 -2,5%	95,539 -1,9%	96,557 1,1%	95,835 -0,7%	95,894 0,1%	95,929 0,0%
TERMS OF TRADE, GÜTER	97,696 -0,9%	98,843 1,2%	95,753 -3,1%	93,565 -2,3%	94,564 1,1%	93,646 -1,0%	93,646 0,0%	93,646 0,0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
IMPORTQUOTE, GESAMT	52,036	48,564	56,198	58,900	59,171	60,378	61,073	61,959
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,405	-3,472	7,634	2,702	0,271	1,206	0,696	0,885
IMPORTQUOTE, GÜTER	37,224	35,650	42,126	43,865	44,026	44,961	45,499	46,183
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,192	-1,574	6,475	1,739	0,161	0,935	0,538	0,684
EXPORTQUOTE, GESAMT	55,442	51,435	56,641	59,366	60,477	61,330	62,190	63,231
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,002	-4,007	5,206	2,725	1,111	0,853	0,860	1,041
EXPORTQUOTE, GÜTER	38,200	36,467	41,868	42,394	42,795	43,280	43,798	44,456
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,523	-1,733	5,400	0,527	0,401	0,484	0,518	0,659

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5631,117 0,0%	5630,493 0,0%	5633,530 0,1%	5630,728 0,0%	5616,967 -0,2%	5594,738 -0,4%	5568,539 -0,5%	5542,051 -0,5%
ERWERBSQUOTE	81,595 1,0%	82,051 0,6%	82,244 0,2%	82,968 0,9%	83,797 1,0%	84,635 1,0%	85,482 1,0%	86,251 0,9%
ERWERBSPERSONEN	4594,732 1,0%	4619,903 0,5%	4633,234 0,3%	4671,682 0,8%	4706,867 0,8%	4735,122 0,6%	4760,078 0,5%	4780,073 0,4%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3698,881 0,0%	3701,922 0,1%	3679,796 -0,6%	3661,991 -0,5%	3669,410 0,2%	3671,729 0,1%	3675,417 0,1%	3673,718 0,0%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	895,851 5,5%	917,981 2,5%	953,438 3,9%	1009,690 5,9%	1037,457 2,8%	1063,393 2,5%	1084,661 2,0%	1106,354 2,0%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	496,100 0,5%	493,100 -0,6%	496,552 0,7%	499,034 0,5%	501,530 0,5%	504,037 0,5%	505,297 0,3%	506,561 0,3%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	4098,632 1,1%	4126,803 0,7%	4136,682 0,2%	4172,647 0,9%	4205,338 0,8%	4231,085 0,6%	4254,781 0,6%	4273,512 0,4%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3838,928 2,8%	3869,640 0,8%	3896,727 0,7%	3920,108 0,6%	3943,628 0,6%
KINDERGELDBEZIEHENDE UND PRÄSENZDIENSTLEISTENDE	77,263 -3,9%	73,231 -5,2%	70,575 -3,6%	69,869 -1,0%	69,520 -0,5%	69,520 0,0%	69,520 0,0%	69,520 0,0%
ARBEITSLOSE	301,328 -3,5%	409,639 35,9%	331,741 -19,0%	263,850 -20,5%	266,178 0,9%	264,838 -0,5%	265,153 0,1%	260,364 -1,8%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,020 -1,907	6,323 -1,696	6,330 0,006	6,259 -0,070	6,232 -0,027	6,093 -0,139

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	192,918 4,2%	192,220 -0,4%	202,762 5,5%	216,568 6,8%	230,853 6,6%	241,768 4,7%	251,731 4,1%	261,472 3,9%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	155,768 1,7%	154,623 -0,7%	162,066 4,8%	175,118 8,1%	183,958 5,0%	189,342 2,9%	195,242 3,1%	200,386 2,6%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	48,833 3,6%	32,478 -33,5%	37,883 16,6%	46,217 22,0%	48,066 4,0%	49,748 3,5%	51,241 3,0%	52,778 3,0%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	397,519 3,1%	379,321 -4,6%	402,711 6,2%	437,904 8,7%	462,877 5,7%	480,858 3,9%	498,214 3,6%	514,635 3,3%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-1,437 -61,9%	-0,427 -70,3%	-0,362 -15,2%	-0,453 25,0%	-0,462 2,0%	-0,471 2,0%	-0,480 2,0%	-0,490 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	72,706 4,9%	75,662 4,1%	78,688 4,0%	81,639 3,8%	84,701 3,8%	87,665 3,5%	90,733 3,5%	94,136 3,8%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	323,375 3,5%	303,232 -6,2%	323,661 6,7%	355,812 9,9%	377,715 6,2%	392,723 4,0%	407,000 3,6%	420,010 3,2%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,399 -9,7%	-3,270 -3,8%	-2,747 -16,0%	-2,829 3,0%	-2,914 3,0%	-2,973 2,0%	-3,032 2,0%	-3,093 2,0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	319,976 3,7%	299,962 -6,3%	320,914 7,0%	352,983 10,0%	374,800 6,2%	389,750 4,0%	403,968 3,6%	416,917 3,2%